

GESETZENTWURF

der Fraktionen der SPD und CDU

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Bezügen der Beamten, Richter, Mitglieder der Landesregierung und Parlamentarischen Staatssekretäre sowie der Versorgungsempfänger des Landes Mecklenburg-Vorpommern 2009/2010

1. Problem und Ziel

Mit dem Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. August 2006 (BGBl. I vom 31. August 2006 S. 2034) ist die Föderalismusreform am 1. September 2006 in Kraft getreten. Damit sind u. a. die Gesetzgebungskompetenzen im Besoldungs- und Versorgungsrecht auf die Länder übergegangen.

Nach Artikel 125a Grundgesetz (GG) gilt das bis zur Aufhebung der Bundeskompetenz erlassene Bundesrecht fort. Es kann durch Landesrecht ersetzt werden. Die Zuständigkeit für eine Anpassung der Besoldung nach § 14 des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) und § 70 ff. des Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG) obliegt daher dem Land.

Für den Bereich der Tarifbeschäftigten der Länder haben sich die Tarifparteien am 1. März 2009 über die Anpassung der Tarifverträge (TV-L) geeinigt.

Wegen des auf Art. 33 Abs. 5 GG i. V. m. § 2 Abs. 1 BBesG und § 3 Abs. 1 BeamtVG beruhenden Gesetzesvorbehalts in der Besoldung und Versorgung ist für eine Anpassung im Bereich der Besoldung und Versorgung der Beamten und Richter eine landesgesetzliche Grundlage erforderlich.

2. Lösung

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll das Tarifergebnis vom 1. März 2009 zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldung der Beamten und Richter übertragen werden.

Dementsprechend sollen Beamte und Richter neben einer Einmalzahlung von 40 Euro eine Anhebung der Besoldung um 3 % zum 1. März 2009 und eine weitere Anhebung um 1,2 % im März 2010 erhalten. Zusätzlich werden die monatlichen Grundgehaltsbeträge ab dem 1. März 2009 um einen Sockelbetrag von 20 Euro erhöht. Zwar erhalten die Landesangestellten hier eine Erhöhung von 40 Euro, aber im gleichen Zuge entfällt bei ihnen die 1-prozentige Leistungsvergütung nach § 18 TV-L, die rund 20 Euro ausmacht, sodass die Wirkungsgleichheit der Abschlüsse gewahrt wird.

Der Abschluss wird unter Beachtung der versorgungsrechtlichen Maßgaben auch auf die Versorgungsempfänger übertragen.

Für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst werden die im Tarifbereich für die Auszubildenden im Bereich der Länder vereinbarten Ergebnisse ebenfalls zeit- und wirkungsgleich umgesetzt: Sie erhalten - abweichend von den zum 1. März 2009 wirksam werdenden Regelungen für Beamte und Richter - ab dem 1. März 2009 einen um 60 Euro erhöhten monatlichen Grundbetrag und nehmen am 1. März 2010 an der gleichen linearen Anpassung von 1,2 % wie für Beamte und Richter vorgesehen teil.

Auslandsbezüge werden zum 1. März 2009 um 2,55 % und zum 1. März 2010 um 1,02 % angepasst.

Regelungen zur Anhebung der sog. „Ostbesoldung“ von derzeit 92,5 % auf 100 % sind nicht erforderlich. Sie ergeben sich bereits aus dem Außerkrafttreten der diesbezüglichen Bundesregelung (Zweite Besoldungsübergangsverordnung) mit Ablauf des 31.12.2009.

Die Anpassung der Inlandsbezüge wird zudem auf die Mitglieder der Landesregierung und Parlamentarischen Staatssekretäre sowie entsprechende Versorgungsempfänger übertragen.

3. Alternativen

Anpassung der Besoldung zu einem anderen Zeitpunkt und/oder in anderer Höhe als die Tarifvereinbarung.

4. Arbeitsmarktrelevanz

Vor dem Hintergrund einer sich an dem Tarifabschluss und allgemeinen Lohnsteigerungen orientierten Anpassung der Bezüge ergibt sich keine Arbeitsmarktrelevanz.

5. Notwendigkeit der Regelung

Die Notwendigkeit dieser Regelung wurde gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 GGO II geprüft.

6. Finanzielle Auswirkungen auf die Haushalte des Landes und der Kommunen:

6.1 Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Die Anpassung der Besoldung und Versorgung führt zu einer Mehrbelastung des Landeshaushalts in Höhe von etwa 19 Mio. € für 2009 und etwa 27 Mio. € in 2010. Die Belastungen in 2009 werden im Rahmen der im Haushaltsplan 2008/2009 veranschlagten Personalausgaben gedeckt. In 2010 und den Folgejahren werden die zusätzlichen Ausgaben bei der Aufstellung des Haushaltsplan-Entwurfes 2010/2011 berücksichtigt.

Im Bereich der Kommunalhaushalte beläuft sich die geschätzte Höhe auf etwa 3 Mio. € in 2009 und etwa 4 Mio. € in 2010.

6.2 Vollzugaufwand

Es entsteht erhöhter Vollzugaufwand durch die erforderliche Neuprogrammierung der EDV-gestützten Zahlverfahren.

6.3 Auswirkungen von Aufgabenübertragungen im Sinne des Konnexitätsprinzips

Die Regelung hat keine Auswirkungen gemäß Artikel 72 Absatz 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Mit dem Gesetzentwurf ist keine Verlagerung von Aufgaben zulasten der Gemeinden und Kreise verbunden. Die Alimentierung seiner Beamten ist regelmäßige Aufgabe des Dienstherrn und damit schon immer Aufgabe der Kommunen für ihre eigenen Beamten gewesen. Insoweit findet durch die bisher durch den Bund und nunmehr durch die Länder vorzunehmende Konkretisierung der Alimentationsverpflichtung keine Erweiterung dieser Aufgabe statt. Es handelt sich auch nicht um eine Standarderhöhung. Kostensteigerungen stellen keine Standarderhöhung dar (vgl. Entscheidung des Staatsgerichtshofes für das Land Baden-Württemberg in Deutsches Verwaltungsblatt 1999, S. 1351 ff.). Dies gilt auch bei durch lineare Anpassungen bewirkte Personalkostensteigerungen.

7. Sonstige Kosten

Keine.

8. Bürokratiekosten

Keine.

ENTWURF

eines Gesetzes über die Anpassung von Bezügen der Beamten, Richter, Mitglieder der Landesregierung und Parlamentarischen Staatssekretäre sowie der Versorgungsempfänger des Landes Mecklenburg-Vorpommern 2009/2010

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Inhaltsübersicht:

Artikel 1 Gesetz über die Anpassung von Dienst-, Anwärter- und Versorgungsbezügen der Beamten und Richter des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2009/2010 Mecklenburg-Vorpommern - BesVAnpG 2009/2010 M-V)

Artikel 2 Gesetz über die Anpassung der Amtsbezüge der Mitglieder der Landesregierung sowie entsprechender Versorgungsbezüge

Artikel 3 Gesetz über die Anpassung der Amtsbezüge der Parlamentarischen Staatssekretäre sowie entsprechender Versorgungsbezüge

Artikel 4 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Anlagen 1 bis 39

Artikel 1
Gesetz über die Anpassung von Dienst-, Anwörter- und Versorgungsbezügen
der Beamten und Richter des Landes Mecklenburg-Vorpommern
(Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2009/2010
Mecklenburg-Vorpommern - BesVAnpG 2009/2010 M-V)

§ 1
Persönlicher Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für

1. die Beamten und Richter des Landes,
2. die Beamten der Gemeinden, Landkreise und Ämter sowie der Zweckverbände,
3. die Beamten der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts,
4. Versorgungsempfänger, denen laufende Versorgungsbezüge zustehen, die das Land, eine Gemeinde, ein Landkreis, ein Gemeindeverband oder eine der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehende Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts zu tragen hat.

(2) Dieses Gesetz gilt nicht für

1. Ehrenbeamte und ehrenamtliche Richter,
2. Kirchen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts und ihre Verbände und Einrichtungen.

§ 2
Erhöhung der Dienstbezüge und sonstiger Bezüge

(1) Ab 1. März 2009 erhöhen sich

1. die Grundgehaltssätze um jeweils 20 Euro sowie
2. um 3,0 Prozent
 - a) die nach Nummer 1 erhöhten Grundgehaltssätze,
 - b) der Familienzuschlag mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5,
 - c) die Amtszulagen, auch soweit sie landesrechtlich geregelt sind, sowie die allgemeine Stellenzulage nach Vorbemerkung 27 der Bundesbesoldungsordnungen A und B.

Maßgeblich sind die sich nach dem Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2008 Mecklenburg-Vorpommern vom 10. Juli 2008 (GVObI. M-V S. 239) am 28. Februar 2009 geltenden Ausgangsbeträge in den Anlagen 24 - 39.

(2) Die Erhöhung nach Absatz 1 Nummer 2 gilt entsprechend für

1. den Betrag nach § 4 Absatz 1 Nummer 1 der Erschwerniszulagenverordnung in der am 31. August 2006 geltenden Fassung,
2. die Beträge nach § 4 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der am 31. August 2006 geltenden Fassung und
3. Leistungsbezüge für Professoren sowie hauptberufliche Leiter und Mitglieder von Leitungsgremien an Hochschulen, soweit deren Teilnahme an regelmäßigen Besoldungsanpassungen aufgrund landesrechtlicher Regelungen bestimmt wurde.

§ 2 Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) Um 1,2 Prozent werden ab 1. März 2010 erhöht

1. die Grundgehaltssätze,
2. der Familienzuschlag mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5,
3. die Amtszulagen, auch soweit sie landesrechtlich geregelt sind, sowie die allgemeine Stellenzulage nach Vorbemerkung 27 der Bundesbesoldungsordnungen A und B,

ausgehend von den sich jeweils nach Absatz 1 und 2 ergebenden Beträgen.

(4) Die Erhöhung nach Absatz 3 gilt entsprechend für

1. den Betrag nach § 4 Absatz 1 Nummer 1 der Erschwerniszulagenverordnung in der am 31. August 2006 geltenden Fassung,
2. die Beträge nach § 4 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der am 31. August 2006 geltenden Fassung und
3. Leistungsbezüge für Professoren sowie hauptberufliche Leiter und Mitglieder von Leitungsgremien an Hochschulen, soweit deren Teilnahme an regelmäßigen Besoldungsanpassungen aufgrund landesrechtlicher Regelungen bestimmt wurde,

ausgehend von den sich jeweils nach Absatz 2 ergebenden Beträgen.

§ 3

Erhöhung der Anwärterbezüge

(1) Die Anwärtergrundbeträge werden zum 1. März 2009 um 60 Euro erhöht. § 2 Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Die Anwärtergrundbeträge werden ausgehend von den sich jeweils nach Absatz 1 ergebenden Beträgen zum 1. März 2010 um 1,2 Prozent erhöht.

§ 4**Erhöhung der Auslandsdienstbezüge**

(1) Um 2,55 Prozent werden ab 1. März 2009 die sich aus den Anlagen VI a bis i des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung ergebenden Auslandszuschläge und Auslandskinderzuschläge erhöht. § 2 Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Um weitere 1,02 Prozent werden ab 1. März 2010 die sich aus den Anlagen VI a bis i des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung ergebenden Auslandszuschläge und Auslandskinderzuschläge erhöht, ausgehend von den sich jeweils nach Absatz 1 ergebenden Beträgen.

§ 5**Anpassung von Bezügen nach fortgeltendem Recht**

(1) Die Anpassung nach § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 gilt entsprechend für die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter.

(2) Die Anpassung nach § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 gilt entsprechend für

1. die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)

a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer,

b) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,

2. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer,

3. die Amtszulagen nach Überleitungsvorschriften oder Regelungen über künftig wegfallende Ämter,

4. die in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt nach den Vorbemerkungen Nummer 1 und 2 sowie die allgemeine Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 2b gemäß Anlage II des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 22. Februar 2002 geltenden Fassung,

5. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderen Bezüge nach Artikel 14 § 4 Absatz 1 und § 5 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322), das durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19. Februar 2006 (BGBl. I S. 334) geändert worden ist,

6. die Anrechnungsbeträge nach Artikel 14 § 4 Absatz 2 des Reformgesetzes.

§ 2 Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) Die Erhöhung nach § 2 Absatz 3 gilt entsprechend für

1. die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)

a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer,

b) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,

2. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer,

3. die Amtszulagen nach Überleitungsvorschriften oder Regelungen über künftig wegfallende Ämter,

4. die in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt nach den Vorbemerkungen Nummer 1 und 2 sowie die allgemeine Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 2b gemäß Anlage II des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 22. Februar 2002 geltenden Fassung,

5. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderen Bezüge nach Artikel 14 § 4 Absatz 1 und § 5 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322), das durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19. Februar 2006 (BGBl. I S. 334) geändert worden ist,

6. die Anrechnungsbeträge nach Artikel 14 § 4 Absatz 2 des Reformgesetzes,

ausgehend von den sich jeweils nach Absatz 2 ergebenden Beträgen.

§ 6 Höhe der Besoldung

(1) Die Höhe der Besoldung ergibt sich nach Maßgabe der Absätze 2 bis 4 aus den Anlagen 1 bis 39 für die dort genannten Besoldungsbestandteile. Die Anlagen sind Bestandteil dieses Gesetzes.

(2) Es ersetzen ab 1. März 2009 die Anlagen 1 bis 23 dieses Gesetzes die Anlagen 24 bis 46 des Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2008 Mecklenburg-Vorpommern.

(3) Es ersetzen ab 1. März 2010 die Anlagen 24 bis 39 dieses Gesetzes die Anlagen 1 bis 16 dieses Gesetzes.

(4) Soweit in Bundes- oder Landesrecht auf Vorschriften und Anlagen Bezug genommen wird, die durch Landesrecht ersetzt wurden oder durch die Absätze 2 und 3 ersetzt werden, gilt insoweit Landesrecht.

§ 7**Erhöhung der Versorgungsbezüge**

(1) Für Versorgungsempfänger gelten die Erhöhungen nach § 2 Absatz 1 und Absatz 3 entsprechend für die der Berechnung der jeweiligen Versorgung zugrunde liegenden in den §§ 2 und 5 genannten Bezüge Bestandteile.

(2) Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden zum 1. März 2009 um 2,9 Prozent und zum 1. März 2010 um weitere 1,1 Prozent erhöht.

§ 8**Rundung der Erhöhungsbeträge**

Bei den Berechnungen nach den §§ 2 bis 5 sind die sich jeweils ergebenden Bruchteile eines Cents unter 0,5 abzurunden und Bruchteile von 0,5 und mehr aufzurunden.

§ 9**Einmalzahlung**

(1) Besoldungsempfänger, die am 2. Januar 2009 in einem Dienstverhältnis zu einem der in § 1 Absatz 1 genannten Dienstherrn gestanden haben und im Februar 2009 Anspruch auf laufende Dienstbezüge hatten, erhalten eine Einmalzahlung von 40 Euro.

(2) Teilzeitbeschäftigte erhalten den Betrag der Einmalzahlung nach Absatz 1 entsprechend dem Verhältnis der vereinbarten ermäßigten zur regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit. Maßgebend ist das Verhältnis am 1. Februar 2009.

(3) Versorgungsempfänger, die im Januar und Februar 2009 Anspruch auf laufende Versorgungsbezüge aus einem Dienstverhältnis zu einem der in § 1 Absatz 1 genannten Dienstherrn hatten, erhalten den Betrag der Einmalzahlung nach ihrem am 1. Februar 2009 maßgeblichen Ruhegehaltssatz und den Anteilssätzen des Witwen-, Witwer- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages. Bei Empfängern von Mindestversorgungsbezügen gilt der jeweils maßgebende Mindestruhegehaltssatz. § 49 Absatz 8 des Beamtenversorgungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung gilt entsprechend.

(4) Versorgungsempfänger, die im Januar 2009 in einem Dienstverhältnis zu einem der in § 1 Absatz 1 genannten Dienstherrn gestanden haben und im Februar 2009 Anspruch auf laufende Versorgungsbezüge aus diesem Dienstverhältnis hatten, erhalten für Januar 2009 eine Einmalzahlung in Höhe von 20 Euro. Bei Teilzeitbeschäftigung gilt Absatz 2 mit der Maßgabe, dass an die Stelle des in Absatz 2 genannten Datums der 2. Januar 2009 tritt. Für Februar 2009 wird der sich nach Satz 1 ergebende Betrag in entsprechender Anwendung des Absatzes 3 gewährt.

(5) Die Einmalzahlung bleibt bei sonstigen Besoldungs- oder Versorgungsleistungen der in § 1 Absatz 1 genannten Dienstherrn unberücksichtigt. Sie sind bei der Bemessung des Altersteilzeitzuschlags nach der Altersteilzeitzuschlagsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. August 2001 (BGBl. I S. 2239), die zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160) geändert worden ist, zu berücksichtigen.

Artikel 2
Gesetz über die Anpassung der Amtsbezüge
der Mitglieder der Landesregierung
sowie entsprechender Versorgungsbezüge

(1) Die Erhöhung nach Artikel 1 §§ 2 und 7 gilt entsprechend für die Empfänger von Amts- und Versorgungsbezügen nach dem Landesministergesetz.

(2) Die Einmalzahlung nach Artikel 1 § 9 gilt entsprechend für die Empfänger von Amts- und Versorgungsbezügen nach dem Landesministergesetz.

Artikel 3
Gesetz über die Anpassung der Amtsbezüge
der Parlamentarischen Staatssekretäre
sowie entsprechender Versorgungsbezüge

(1) Die Erhöhung nach Artikel 1 §§ 2 und 7 gilt entsprechend für die Empfänger von Amts- und Versorgungsbezügen nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse Parlamentarischer Staatssekretäre.

(2) Die Einmalzahlung nach Artikel 1 § 9 gilt entsprechend für die Empfänger von Amts- und Versorgungsbezügen nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse Parlamentarischer Staatssekretäre.

Artikel 4
Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. März 2009 in Kraft.

(2) Die in Artikel 1 genannten Anlagen 17 bis 23 treten mit Ablauf des 31. Dezembers 2009 außer Kraft.

Dr. Norbert Nieszery und Fraktion

Harry Glawe und Fraktion

Begründung:

A. Allgemeines

1. Regelungskompetenz des Landes

Mit dem Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. August 2006 (BGBl. I vom 31. August 2006, S. 2034) ist die Föderalismusreform am 1. September 2006 in Kraft getreten. Damit sind u. a. die Gesetzgebungskompetenzen im Besoldungs- und Versorgungsrecht auf die Länder übergegangen.

Nach Artikel 125a Grundgesetz (GG) gilt das bis zur Aufhebung der Bundeskompetenz erlassene Bundesrecht fort. Es kann durch Landesrecht ersetzt werden. Die Zuständigkeit für eine Anpassung der Besoldung nach § 14 des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) und § 70 ff. des Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG) obliegt daher dem Land.

2. Ausgangslage

Im Rahmen der Übertragung des Tarifergebnisses vom 1. März 2009 für die Angestellten des öffentlichen Dienstes der Länder auf den Bereich öffentlich-rechtlicher Dienstverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern werden die Bezüge der Beamten, Richter und Versorgungsempfänger zeit- und wirkungsgleich rückwirkend zum 1. März 2009 und in einem weiteren Schritt zum 1. März 2010 erhöht.

Wegen des auf Artikel 33 Abs. 5 GG i. V. m. § 2 Abs. 1 BBesG und § 3 Abs. 1 BeamtVG beruhenden Gesetzesvorbehalts in der Besoldung und Versorgung ist dafür eine landesgesetzliche Grundlage erforderlich.

3. Zur Besoldungsanpassung

a) Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse

Nach § 14 BBesG ist die Besoldung entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung regelmäßig anzupassen.

Die Vorschrift zeigt nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts insoweit programmatisch die Richtpunkte der Gesetzgebung auf diesem Gebiet auf (vgl. auch Schwegmann/Summer, Bundesbesoldungsgesetz, Stand: Oktober 2008, § 14 Rdnr. 2). Ein individueller gesetzlicher Anspruch des einzelnen Bezügeempfängers auf eine regelmäßige Anpassung, z. B. in Form einer linearen und damit fortdauernden Anpassung, lässt sich aus § 14 BBesG nicht ableiten.

Bei der Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit einer Anpassung im Sinne des § 14 BBesG im Einzelnen hat der Gesetzgeber nach Artikel 33 Abs. 5 GG selbst einen weiten Gestaltungsspielraum. Für eine Besoldungsregelung müssen im Einzelfall sachliche Gründe - etwa für eine differenzierende Anpassungsregelung oder das Unterlassen einer Anpassung - erkennbar sein. Die Mindestanforderungen und Grenzen des Artikel 33 Abs. 5 GG sind zu berücksichtigen (Schwegmann/Summer, a. a. O.).

Das in Art. 33 Abs. 5 GG verankerte Alimentationsprinzip erfordert, dass den Beamten und Ruhegehaltsempfängern ein ihrem Dienstrang, der mit ihrem Amt verbundenen Verantwortung entsprechender und nach Maßgabe der Bedeutung des Berufsbeamtentums für die Allgemeinheit angemessener Lebensunterhalt entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und des allgemeinen Lebensstandards gewährt wird (vgl. Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 23.10.2001 - 2 BvR 666/00 mit weiteren Nachweisen, ständige Rechtsprechung).

Damit stellen für eine Besoldungsanpassung und deren Ausgestaltung Kriterien wie

- die Entwicklung der Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst

sowie

- die Entwicklung der allgemeinen Lebenshaltungskosten (abgebildet z. B. durch den sog. Verbraucherpreisindex),

aber auch

- die Entwicklung der Tarifabschlüsse in der Privatwirtschaft,
- die allgemeine finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte sowie
- die Berücksichtigung der jeweils mit der Aufgabenwahrnehmung des jeweiligen Amtes verbundenen Verantwortung (Ämterdifferenzierung)

maßgebliche Faktoren dar.

Stärkster Sachzusammenhang und der für die Auslegung entscheidende Bezugspunkt ist die Entwicklung der Realeinkommen der unselbstständig Beschäftigten. Denn die Alimentation ist selbst im herkömmlichen Sinne zugleich auch Entgelt und materielle Lebensgrundlage der Beamten und Richter im wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang. Sieht man die Besoldung insoweit „wirtschaftlich als Dienstleistungspreis“, dann liegt es im Auftrag und im Interesse der öffentlichen Hände, auf dem Dienstleistungsmarkt nicht zu überbieten oder zu unterbieten, sondern sich im Rahmen des hier möglichen und allgemeinen Preisniveaus zu halten. Der Hauptbezugspunkt für die Gestaltung der Besoldung besteht damit zum Gehalts- und Lohnniveau innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes der entsprechenden Qualifikationsebene.

Eine Anknüpfung an die Durchschnittslohnzuwächse aller Branchen ist jedoch sehr schwierig, weil sich auch außerhalb des öffentlichen Dienstes die Anpassungsmaßnahmen nicht gleichmäßig vollziehen, also auch dort Nivellierungstendenzen eintreten. Ebenfalls sehr schwierig wäre es, diese Niveaugruppen im öffentlichen Dienst sachgerecht zuzuordnen.

Daher ist die seit Jahren praktizierte Anknüpfung an die tariflichen Erhöhungen für angestellte Beschäftigte im öffentlichen Dienst die sachgerechteste Lösung (vgl. Summer/Rometsch: Alimentationsprinzip gestern und heute, ZBR 1981, S. 11 f.).

Dadurch hat sich seit Jahrzehnten ein Gleichklang der unterschiedlichen Statusgruppen entwickelt, der sich bewährt, in beträchtlichem Maße zum Betriebsfrieden in den öffentlichen Verwaltungen beigetragen und so geholfen hat, die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu gewährleisten. Die Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich und der damit verbundene Gleichklang im öffentlichen Dienst ist inzwischen zu einem auch aus verfassungsrechtlicher Sicht wichtigen Prinzip der Besoldungsanpassung geworden (vgl. OVG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 27.07.2001, Az.: 10 A 10314/01, zitiert nach juris).

Dementsprechend orientiert sich der vorliegende Gesetzentwurf in der Höhe auch an dem im Bereich des öffentlichen Dienstes der Länder erzielten Tarifabschluss vom 1. März 2009, der im Wesentlichen eine Aufstockung der Monatsentgelte um einen Sockelbetrag und eine anschließende lineare Anhebung der Tarifgehälter von 3,0 % zum 1. März 2009 und eine weitere Anhebung um 1,2 % zum 1. März 2010 vorsieht. Dabei werden alle Bezügebestandteile erfasst, die auch in der Vergangenheit regelmäßig linear erhöht wurden. Daneben wird die tarifliche Regelung zu einer Einmalzahlung für die Monate Januar und Februar 2009 und zu abweichenden Regelungen der in Ausbildung befindlichen Beamten übernommen.

Gegenüber der im Tarifbereich der Länder vereinbarten Erhöhung der Sockelbeträge um 40 Euro erfolgt für die Beamten, Richter und Versorgungsempfänger eine Erhöhung um 20 Euro. Diese Differenzierung ist notwendig, um eine wirkungsgleiche Übernahme zu erreichen.

Die Anhebung des Sockelbetrages beträgt im Tarifbereich 40 Euro. Die eine Hälfte des Betrages stellt eine Einkommenserhöhung dar. Darüber hinaus sind die weiteren 20 Euro im Tarifbereich vereinbart worden, um den Wegfall des Leistungsbezuges nach § 18 TV-L, der sich auf 1 % des Vergütungsvolumens belief, zu kompensieren. Der 1-prozentige Leistungsbezug, der ursprünglich individuell verteilt werden sollte, wegen fehlender Umsetzung jedoch in der Praxis gleichmäßig pauschal in Höhe von 12 % der Septembervergütung 2007 und 2008 zum Jahresende zur Verteilung kam, wurde durch die jüngste Tarifeinigung gleichmäßig auf die Monatstabellenwerte aufgeteilt. Da dieses Element in der Beamtenbesoldung keine Entsprechung hat(te), kann auch eine vergleichbare Kompensierung in den Besoldungstabellen nicht stattfinden. Daher ist für eine wirkungsgleiche Übernahme der Sockelbetrag in der Besoldung von 40 Euro um die auf die Kompensierung entfallenden 20 Euro zu reduzieren.

Diese Differenzierung ist - wie oben dargestellt - sachgerecht, rechtlich zulässig und begründet.

Es besteht weder gemäß Artikel 3 Abs. 1 GG noch nach Artikel 33 Absätze 2 und 5 GG die Verpflichtung, die Ergebnisse der Tarifverhandlungen für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes spiegelbildlich auf die Beamtenbesoldung und -versorgung zu übertragen. Vielmehr hat der Gesetzgeber in eigener Verantwortung zu prüfen und zu entscheiden, welche Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen von Bediensteten bestehen und ob die Entwicklung der Lebenshaltungskosten, der Einkommen in der Privatwirtschaft und der Leistungen anderer Alterssicherungssysteme wichtige Anhaltspunkte dafür liefert, die Beamtenbesoldung nicht an die Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst anzugleichen (vgl. OVG Sachsen-Anhalt, Urteil vom 25.04.2007, Az.: 1 L 453/05 unter Verweis auf Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 19.12.2002, Az.: 2 C 34.01, BVerwGE 117, 305).

Da der Alimentationsgrundsatz schon kein Recht auf eine allgemeine, stets prozentual vollkommen gleiche und gleichzeitig wirksam werdende Besoldungs- und Versorgungsanpassung für alle Besoldungs- und Versorgungsempfänger umfasst (sog. „strikte Parallelität“; vgl. Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 02.06.2001, Az.: 2 BvR 571/00 und Urteil vom 27.09.2005, Az.: 2 BvR 1387/02, zitiert nach juris), ergibt sich aus ihm erst recht nicht die zwingende Verpflichtung des Besoldungsgesetzgebers zur zeit- und inhaltsgleichen Übernahme des Tarifergebnisses.

Der vorliegende Gesetzentwurf sieht zunächst eine zeitgleiche Anpassung zum Ergebnis der Tarifverhandlungen vor, hält aber die Differenzierung hinsichtlich der veränderten Sockelbeträge für notwendig und sachgerecht. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass Mecklenburg-Vorpommern Empfängerland im Länderfinanzausgleich ist. Solange Mecklenburg-Vorpommern auf Zuweisungen anderer Bundesländer angewiesen ist, ist es nicht vertretbar, diesen Umstand unberücksichtigt zu lassen. Mit Mecklenburg-Vorpommern sehen z. B. zwei weitere Bundesländer (Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen) vor, die Kompensierung des Wegfalls der Leistungsbezahlung im Tarifbereich in der Besoldung mit zu berücksichtigen.

b) Im Einzelnen

Die vom Bundesministerium des Innern (BMI) erstellte Auswertung der Gehaltsbewegungen von 1993 bis 2005 (BMI: Der öffentliche Dienst in Deutschland, April 2006, S. 93) lässt erkennen, dass in den zurückliegenden 15 Jahren (in 2006 und 2007 sind im öffentlichen Dienst weder im Tarif- noch im Besoldungsbereich lineare Anpassungen erfolgt) die Besoldungsanpassungen sowohl der Höhe als auch vom zeitlichen Ablauf her regelmäßig die Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst „nachzeichneten“. Dabei stellten die Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes regelmäßig die Obergrenze für die gesetzliche Regelung im Besoldungsbereich dar.

Gleichzeitig wäre die Teilhabe an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nicht sichergestellt, wenn Bezügeanpassungen regelmäßig dauerhaft unterhalb des jeweiligen Verbraucherpreisindexes vorgenommen würden. Wiederholt unzureichende oder ausbleibende Anpassungen würden dann eine reale Einkommensabschmelzung bedeuten, die das Risiko einer Unteralimentierung zur Folge haben könnte. Insoweit kommt dem Verbraucherpreisindex - langfristig und im Ergebnis betrachtet - ebenfalls die Funktion einer Orientierungslinie zu.

Auf der Basis 1992 = 100 % für die zwei wichtigsten Indizes

- Tarifniveau im öffentlichen Dienst,
- Verbraucherpreisindex

im Vergleich zu linearen Besoldungsanpassungen ergeben sich unter Zugrundelegung der vom BMI ermittelten Angaben zu den Jahren 1993 bis 2005 sowie des für die Jahre 2006 bis 2008 ergänzend herangezogenen statistischen Materials des

- Statistischen Bundesamtes
(Monatsbericht Dezember 2008, „Preise“ Fachserie 17, Reihe 7 vom 16. Januar 2009, S. 13),
- der Deutschen Rentenversicherung
(Rentenversicherung in Zeitreihen, Okt. 2008, S. 211 ff.) sowie
- des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung
(Tarifpolitischer Jahresbericht 2008 vom 30. Januar 2009)

für das Jahr 2008 folgende Indexwerte:

134,1 Punkte Verbraucherpreisindex,
129,0 Punkte Index der Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst und
128,3 Punkte Index der Besoldungsanpassungen.

Im beobachteten Gesamtverlauf bestätigt sich die Obergrenzenfunktion des Tarifindex gegenüber dem Besoldungsindex.

Die Koalitionsfraktionen der SPD und CDU sind deshalb der Auffassung, dass die Bezüge der Beamten und Richter der Höhe nach entsprechend dem für die Jahre 2009 und 2010 geltenden Tarifabschluss für die angestellten Beschäftigten im öffentlichen Dienst Mecklenburg-Vorpommerns wirkungsgleich angepasst werden sollten.

Zwar liegt der Verbraucherpreisindex seit 2005 höher als die beiden anderen Indizes. Dennoch ergibt sich aus den Datenreihen 1993 bis 2008, dass sich im Vergleich der Tarif- und Besoldungsindizes zum Verbraucherpreisindex Zeiträume vorübergehender Über- und Unterdeckung abwechseln, insgesamt aber die Orientierung am Verbraucherpreisindex bestanden hat.

Das OVG Rheinland-Pfalz (Urteil vom 27.07.2001, Az.: 10 A 10314/01, zitiert nach juris) weist darauf hin, dass es für die Frage, ob die Besoldung der Beamten im jeweiligen Kalenderjahr dem Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation entspricht, nicht auf die Bruttobezüge, sondern auf das in diesem Zeitraum erzielte Nettoeinkommen ankomme.

Auch in einer solchen Nettobetrachtung stellt die vorgesehene Anpassung eine vom weiten Gestaltungsspielraum des Besoldungsgesetzgebers erfasste Lösung dar, die sich den Bedarfen gegenüber als angemessen und auskömmlich darstellt. So ergibt sich für einen von der Gewerkschaft verdi zugrunde gelegten Eckdatenfall (2.660 Euro p. M.), für den verdi durch den jetzigen Abschluss eine tabellenwirksame Bruttobesoldungserhöhung von 5,8 % angibt,

- im Vergleich der Jahresnettoeinkommen 2008 zu 2009 ein Nettozuwachs **von 3,82 %**,
- im Vergleich der Jahresnettoeinkommen 2009 zu 2010 ein Nettozuwachs **von 1,08 %** und
- im Gesamtvergleich der Jahresnettoeinkommen 2008 zu 2010 ein Nettozuwachs **von 4,95 %**.

Die Werte ergeben sich hierbei für einen Durchschnittsfall in der Besoldungsgruppe A 9, Dienstaltersstufe 9.

4. Zur Anpassung der Versorgungsbezüge

a) Allgemeine Kriterien - Berücksichtigung der Besoldungs- und Rentenentwicklung

Nach § 70 BeamtVG sind die Versorgungsbezüge von demselben Zeitpunkt an entsprechend zu regeln, von dem an die Dienstbezüge der Besoldungsberechtigten allgemein erhöht (oder vermindert) werden. Die Vorschrift trägt damit der in Artikel 33 Abs. 5 GG verankerten Alimentationsverpflichtung des Dienstherrn für seine Beamten Rechnung, die auch über das aktive Dienstverhältnis hinaus nach der Ruhestandsversetzung Bestand hat.

Da sich die Anpassung der Versorgungsbezüge nach § 70 BeamtVG an allgemeinen Änderungen der Dienstbezüge orientiert, sind die bei einer Besoldungsanpassung und deren Ausgestaltung unterschiedlich zu gewichtenden Kriterien wie u. a.

- die Entwicklung der Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst

sowie

- die Entwicklung der allgemeinen Lebenshaltungskosten (abgebildet durch den Verbraucherpreisindex),

aber auch

- die Entwicklung der Tarifabschlüsse in der Privatwirtschaft,
- die allgemeine finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte sowie
- die (auch in der Zeit des Ruhestandes) nachwirkende Berücksichtigung der jeweils mit der Aufgabenwahrnehmung des jeweiligen Amtes verbundenen Verantwortung (Ämterdifferenzierung)

in ähnlicher Weise im Versorgungsbereich zu berücksichtigen. Insoweit wird der Programmsatz des § 14 BBesG sowie die sich daraus ergebenden Kriterien in § 70 BeamtVG wiederholt. Als weiteres wesentliches Kriterium hat hier aber zusätzlich die Einkommensentwicklung der mit den Ruhestandsbeamten vergleichbaren Personengruppe der Rentner in der gesetzlichen Rentenversicherung Berücksichtigung zu finden, sodass ergänzend die

- Entwicklung der Renten einschließlich der Zusatzversorgungssysteme

in die Überlegungen einzubeziehen sind (Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 27.09.2005, Az.: 2 BvR 1387/02, DVBl. 2005, 1441).

b) Im Einzelnen

Übertragen auf die Anpassung der Versorgungsbezüge und die Entwicklung der Altersrenten ergeben sich bei einer ebenfalls auf der Basis 1992 = 100 % von 1993 bis 2008 vorgenommenen Betrachtung für das Jahr 2008 folgende Indexwerte:

121,8 Punkte Index der Rentenniveau-Entwicklung,
125,6 Punkte Index der linearen Versorgungsanpassungen bei
134,1 Punkten des o. g. Verbraucherpreisindex.

Daraus ergibt sich, dass trotz der Differenz zum Verbraucherpreisindex noch von einer Orientierung am Verbraucherpreisindex auszugehen ist.

Gegenwärtig senkt das Versorgungsänderungsgesetz 2001 (VersÄndG 2001) den Höchstsatz der Versorgung von 75 % auf 71,75 % des Gehalts des letzten innegehabten Amtes sowohl für vorhandene als auch neue Versorgungsempfänger ab. Für diejenigen, die schon Versorgungsbezüge erhalten, wird die Absenkung in der Weise realisiert, dass ab dem Jahr 2003 die nächsten acht Versorgungsanpassungen jeweils um durchschnittlich 0,54 Prozentpunkte verringert ausfallen, bis die gewährte Versorgung das verringerte Niveau erreicht (§ 69e Abs. 1 und Abs. 3 BeamtVG).

Diese Regelung besteht auch nach Inkrafttreten der Föderalismusreform fort, bis die Länder von ihrer neuen Regelungskompetenz abweichenden Gebrauch machen.

Die durch das Versorgungsänderungsgesetz eingetretenen Versorgungsabsenkungen infolge verringerter Versorgungsanpassungen hält das Bundesverfassungsgericht (gerade noch) für zulässig (Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 27.09.2005, 2 BvR 1387/02, a.a.O.).

Vor diesem Hintergrund sind die Koalitionsfraktionen der SPD und CDU der Auffassung, dass die Bezüge der Versorgungsempfänger gemäß § 70 BeamtVG zeitlich und inhaltlich entsprechend der Anpassung der Dienstbezüge der Besoldungsberechtigten im öffentlichen Dienst Mecklenburg-Vorpommerns und der sich aus § 69e BeamtVG ergebenden Maßgaben anzuheben sind.

Eine Verminderung der für die Versorgungsempfänger maßgeblichen Erhöhungssätze um 0,2 vom Hundert zum Aufbau der Versorgungsrücklage - wie sie § 14a Absatz 2 Satz 1 BBesG für allgemeine Bezügeanpassungen festlegt - findet nicht statt. Nach § 14a Absatz 2a BBesG ist für die auf den 31. Dezember 2002 folgenden acht allgemeinen Anpassungen der weitere Aufbau der Versorgungsrücklage ausgesetzt, um den Beamtinnen und Beamten die Teilnahme am Aufbau einer zusätzlichen privaten Altersvorsorge zu erleichtern. Dafür wird der Versorgungsrücklage die Hälfte der durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 erzielten Einsparungen zugeführt (§ 14a Abs. 3 BBesG). Ferner sind die auf den Anpassungen 1999 und 2000 beruhenden Zuführungen weiter zu leisten.

Die mit diesem Gesetz vorgesehenen linearen Anpassungen zum 1. März 2009 und 1. März 2010 stellen hierbei die fünfte und sechste Anpassung nach § 69e BeamtVG dar.

5. Anpassung der Amtsbezüge nach dem Landesministergesetz und dem Gesetz über die Parlamentarischen Staatssekretäre

Die Amtsbezüge für Mitglieder der Landesregierung und Parlamentarischen Staatssekretäre nimmt mit dem auf den 31. August 2006 eingefrorenen Rechtsstand des Bundesbesoldungsgesetzes sowie unter Berücksichtigung der Vorschriften des Amtsgehalt- und Besoldungsnichtanpassungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern und der zuletzt landesrechtlich erfolgten Anpassung durch das BesVAnpG 2008 M-V an den in Artikel 1 vorgesehenen Bezügeanpassungen entsprechend teil.

B. Zu einzelnen Vorschriften

Zu Artikel 1

Zu § 1 (Persönlicher Geltungsbereich)

Zu Absatz 1

Die Aufzählung des persönlichen Geltungsbereichs in § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 orientiert sich an dem in § 1 des Landesbesoldungsgesetzes (LBesG M-V) genannten Personenkreis und bezieht damit neben den Landesbeamten und -richtern (§ 1 Nr. 1) die Kommunalbeamten (§ 1 Nr. 2) und Körperschaftsbeamten (§ 1 Nr. 3) ein.

Zum Berechtigtenkreis gehören darüber hinaus mit der Regelung des § 1 Abs. 1 Nr. 4 auch die Empfänger von Versorgungsbezügen, deren Anspruchsberechtigung sich aus § 1 BeamtVG ergibt und für die die Gesetzgebungskompetenz mit der Grundgesetzänderung zur Föderalismusreform am 1. September 2006 auf die Länder übergegangen ist.

Zu Absatz 2

Der Negativkatalog entspricht der Aufzählung in § 1 Abs. 2 LBesG M-V und nimmt die Ehrenbeamten und ehrenamtlichen Richter aus.

Die in § 1 Abs. 2 LBesG M-V darüber hinaus aufgeführten Beamten auf Widerruf, die nebenbei verwendet werden, treten als Anwendungsfall hingegen nicht mehr auf. Hierbei handelte es sich seinerzeit um die noch als Posthalter oder Bahnagenten eingesetzten Beamten auf Widerruf. Mit der Privatisierung der Deutschen Post und der Deutschen Bahn sind diese Regelungen gegenstandslos geworden.

Die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihre Verbände ordnen und verwalten gemäß Artikel 140 GG ihre Angelegenheiten selbst.

Vor §§ 2 - 7

Die §§ 2 bis 7 sehen - neben der Erhöhung um einen Sockelbetrag von 20 Euro - die lineare Anpassung der ausgewiesenen Bezüge um 3,0 % zum 1. März 2009 und um weitere 1,2 % zum 1. März 2010 vor.

Davon abweichend ist bei den Anwärterbezügen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst anstelle der linearen Erhöhung von 3,0 % zum 1. März 2009 ein erhöhter Sockelbetrag von 60 Euro vorgesehen. Der gegenüber dem Sockelbetrag von 20 Euro für Beamte mit Dienstbezügen um 40 Euro höhere Sockelbetrag führt zu einer effektiven Erhöhung von 3,69 % bis 5,48 %.

Soweit Auslandsdienstbezüge nach § 58 ff. BBesG in die lineare Erhöhung einbezogen sind, ist für diese eine Anpassung in Höhe von 2,55 % (2009) und weiteren 1,02 % (2010) vorgesehen.

Mit den Regelungen in den §§ 2 bis 7 werden alle Bezügebestandteile erfasst, die auch in den letzten Jahren regelmäßig

- a) sowohl durch Anpassungsgesetze des Bundes [vor der Föderalismusreform zuletzt durch das Bundesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2003/2004 (BBVAnpG 2003/2004) vom 10. September 2003 (BGBl. I S. 1798)]
- b) sowie des Landes [nach der Föderalismusreform erstmalig durch das Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2008 Mecklenburg-Vorpommern vom 10. Juli 2008 (GVOBl. S. 239)]

linear angehoben wurden.

Dieses gilt auch für die geringere Anhebung der Auslandsdienstbezüge.

Die vorgesehene Anpassung beachtet, wie in der Allgemeinen Begründung unter den Punkten 3 und 4 bereits ausgeführt, die Maßgaben des § 14 BBesG, wonach die Besoldung entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung regelmäßig anzupassen ist. Dabei bildet, wie oben schon ausgeführt, der für die Arbeitnehmer der Länder geltende Tarifabschluss vom 1. März 2009, der eine lineare Erhöhung von 3,0 % ab dem 1. März 2009 bzw. ab dem 1. März 2010 von weiteren 1,2 % vorsieht, die maßgebliche Orientierungsgröße.

Der Sockelbetrag von 20 Euro über alle Besoldungsgruppen bewirkt im Verhältnis zu den seit 1992 ausschließlich linear vorgenommenen Erhöhungen keine Nivellierung der Besoldungsgruppen, die zu beanstanden wäre.

Zu § 2 (Erhöhung der Dienstbezüge und sonstiger Bezüge)

Zu Absatz 1

Absatz 1 übernimmt in seiner Aufzählung die in § 14 Abs. 2 BBesG genannten, der regelmäßigen Anpassung unterliegenden Bezügebestandteile. Die Anpassung besteht zunächst aus der unter Nummer 1 genannten Anhebung der Grundgehaltsbeträge um einen für alle Besoldungsgruppen einheitlichen Sockelbetrag von 20 Euro. Darüber hinaus ist für die sich so ergebenden Grundgehaltsbeträge sowie alle weiteren genannten Bezügebestandteile durch die Regelung unter Nummer 2 eine lineare Anpassung in Höhe von 3 % ab dem 1. März 2009 vorgesehen. Ausgenommen sind Anwärterbezüge, für die in § 3 Abs. 1 abweichend eine Festbetragsregelung vorgesehen ist. Damit sind zunächst

- die zuvor nach Nummer 1 um 20 Euro angehobenen Grundgehaltssätze der Ämter aus den Besoldungsordnungen A, B, W und R,
- die sich aus den familiären Verhältnissen des Beamten maßgeblichen Familienzuschläge (ehegatten- und kinderbezogene Anteile des Familienzuschlages) und
- die Beträge der nach § 42 BBesG vorgesehenen Amtszulagen sowie der Allgemeinen Stellenzulagen nach Vorbemerkung 27 der Bundesbesoldungsordnungen A und B

berücksichtigt.

Amtszulagen gelten nach § 42 Abs. 2 BBesG - anders als die Stellenzulagen - als Bestandteil des Grundgehaltes. Wegen dieses grundgehaltsähnlichen Charakters sind die Amtszulagen in gleicher Weise zu erhöhen wie die Grundgehaltssätze. Da dies nicht nur für die bundesrechtlich geregelten Amtszulagen gilt, werden - in Erweiterung der aus § 14 Abs. 2 BBesG übernommenen Formulierung - auch die landesrechtlich normierten Amtszulagen in die Anpassung einbezogen.

Im Bereich der ansonsten von regelmäßigen linearen Anpassungen ausgenommenen Stellenzulagen gilt die vorgesehene Erhöhung auch für die Allgemeine Stellenzulagen nach Vorbemerkung 27 der Bundesbesoldungsordnungen A und B für Beamte in den Laufbahnen des mittleren und gehobenen Dienstes, im Eingangsamts (Besoldungsgruppe A 13) auch des höheren Dienstes. Dieses entspricht der in den letzten Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzen ebenfalls vorgesehenen Einbeziehung.

Zu Absatz 2

Zu Nummern 1 und 2

Mit der Regelung des Absatzes 2 Nr. 1 und 2 werden die

- Stundensätze der Erschwerniszulagenverordnung (EZuIV) für Dienst zu ungünstigen Zeiten (insbesondere Wochenend-, Sonn- und Feiertagsarbeit sowie Nachtarbeit) nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 EZuIV sowie die

- Stundensätze nach § 4 der Mehrarbeitsvergütungsverordnung für vergütungsfähige, angeordnete oder genehmigte Mehrarbeit

in gleicher Weise wie das Grundgehalt nach Absatz 1 Nummer 2 um 3,0 % angehoben.

Die Regelung entspricht sowohl der letzten bundesrechtlich vorgenommenen linearen Anpassung durch Artikel 10 und 11 des BBVAnpG 2003/2004 wie auch der erstmalig landesrechtlich im BesVAnpG M-V 2008 vorgenommenen Einbeziehung dieser Stundensätze.

Zu Nummer 3

Mit der Professorenbesoldungsreform 2002 und der Einführung der Besoldungsordnung W sind die Länder ermächtigt worden, die über das Grundgehalt der Professoren hinausgehenden Leistungsbezüge eigenständig zu regeln. Hierbei konnte nach § 33 Abs. 4 Nr. 3 BBesG landesrechtlich bestimmt werden, ob und inwieweit Leistungsbezüge unter bestimmten Bedingungen an den regelmäßigen Besoldungsanpassungen teilnehmen. Diese Leistungsbezüge, die aufgrund der Ermächtigung in § 17 Abs. 1 Landesbesoldungsgesetz in den §§ 1 Abs. 1, 2 Abs. 2 sowie 3 Abs. 2 Hochschulleistungsbezügeverordnung vom 28.01.2005 (GVOBl. M-V S. 60) unter jeweils unterschiedlich geregelten Voraussetzungen an einer Anpassung teilnehmen oder teilnehmen können, sind nicht schon von der Aufzählung in Absatz 1 umfasst und sind daher gesondert zu benennen.

Zu § 3 (Erhöhung der Anwärterbezüge)

Das Tarifiergebnis vom 1. März 2009 sieht für die Auszubildenden im Landesdienst abweichend von der Regelung der Beschäftigten anstelle der dortigen Erhöhung um einen Sockelbetrag von 40 Euro und einer gleichzeitigen linearen Anpassung einen höheren Sockelbetrag von 60 Euro und keine weitere lineare Anhebung in 2009 vor.

Zu Absatz 1

Die Erhöhung der Anwärtergrundbeträge zum 1. März 2009 um 60 Euro entspricht der tariflichen Vereinbarung für die in 2009 vorgesehene Anhebung der Ausbildungsvergütung. Der Verweis auf § 2 Abs. 1 Satz 2 verdeutlicht, dass die Ausgangswerte sich aus den seit dem 1. August 2008 geltenden Beträgen nach dem BesVAnpG M-V 2008 ergeben.

Zu Absatz 2

Die Erhöhung der Anwärtergrundbeträge zum 1. März 2010 um 1,2 % entspricht der tariflichen Vereinbarung für die in 2010 vorgesehene Anhebung der Ausbildungsvergütung. Die Anhebung erfolgt auf Basis der sich nach Absatz 1 errechneten Beträge.

Zu § 4 (Erhöhung der Auslandsdienstbezüge)

Die Vorschrift regelt die lineare Anhebung der zusätzlich zu den Inlandsdienstbezügen gewährten Auslandsdienstbezüge, die bei Verwendung im Ausland nach näherer Maßgabe der §§ 52 ff. BBesG zustehen. Die Anhebung erfolgt für die Beträge des Auslandszuschlags nach § 55 BBesG sowie des Auslandskinderzuschlags nach § 56 BBesG. Es entspricht der Verfahrensweise sowohl bei den letzten bundesbesoldungsrechtlichen Anpassungen als auch im BesVANpG 2008 M-V, dass die lineare Anhebung der Auslandsdienstbezüge nicht in gleichem Maße wie die Inlandsdienstbezüge, sondern in Höhe von 85 % der linearen Erhöhung vorgenommen wird. Ein so verminderter Anpassungssatz berücksichtigt pauschalierend, dass Auslandsdienstbezüge auch immaterielle Belastungen abgelten und steuerfreie Bezügebestandteile enthalten.

Zu Absatz 1

Die lineare Anpassung der Inlandsdienstbezüge zum 1. März 2009 um 3 % wird in verminderter Höhe (85 %) auf die Beträge des Auslandszuschlags nach § 55 BBesG sowie des Auslandskinderzuschlags nach § 56 BBesG übertragen. Hieraus ergibt sich ein linearer Anpassungssatz von 2,55 %. Der Verweis auf § 2 Abs. 1 Satz 2 verdeutlicht, dass die Ausgangswerte sich aus den seit dem 1. August 2008 geltenden Beträgen nach dem BesVANpG M-V 2008 ergeben.

Zu Absatz 2

Die lineare Anpassung der Inlandsdienstbezüge zum 1. März 2010 um 1,2 % wird in verminderter Höhe (85 %) auf die Beträge des Auslandszuschlags nach § 55 BBesG sowie des Auslandskinderzuschlags nach § 56 BBesG übertragen. Hieraus ergibt sich ein linearer Anpassungssatz von 1,02 %. Die Anhebung erfolgt auf Basis der sich nach Absatz 1 errechneten Beträge.

Zu § 5 (Anpassung von Bezügen nach fortgeltendem Recht)

Soweit Besoldungsbestandteile bei der Festsetzung von Besoldung (oder sich hieraus ergebender Versorgungsansprüche) maßgeblich bleiben, die in der Fassung des BBesG vom 31. August 2006 oder in der aktuellen Fassung landesbesoldungsrechtlicher Regelungen nicht mehr enthalten sind, sondern durch Übergangsvorschriften weiter gelten, sind diese in gleicher Weise anzupassen.

Zu Absatz 1

Absatz 1 überträgt die in § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 vorgesehene Sockelbetragserhöhung von 20 Euro auf Grundgehalts- und Gehaltssätze in Besoldungsregelungen über künftig wegfallende Ämter. Hauptanwendungsfall sind im Bereich der aktiven Beamten die bis zur Professorenbesoldungsreform 2002 bzw. deren landesrechtlichen Umsetzung Ende 2004 in der Bundesbesoldungsordnung C befindlichen Professoren, soweit diese bisher nicht in die Besoldungsordnung W gewechselt sind.

Zu Absatz 2

Absatz 2 überträgt die in § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 für den 1. März 2009 vorgesehene lineare Anpassung von 3 % sowohl auf die in Absatz 1 genannten Grundgehalts- und Gehaltssätze in Besoldungsregelungen über künftig wegfallende Ämter sowie die sonstigen dort genannten Besoldungsbestandteile, Bemessungsgrundlagen sowie Anrechnungs- und Höchstbeträge. Die Aufzählung entspricht im Wesentlichen der Aufzählung der sowohl mit der letzten (bundesrechtlich vorgenommenen) Besoldungsanpassung, dem BBVAnpG 2003/2004, vorgenommenen Regelung des § 84 BBesG als auch der landesrechtlich vorgenommenen Regelung zur Bezügeanpassung durch das BesVAnpG 2008 M-V.

Hauptanwendungsfall sind im Bereich der aktiven Beamten die über die Nummern 1 a, 2 und 4 einbezogenen Gehaltsbestandteile des bis zur Professorenbesoldungsreform 2002 bzw. deren landesrechtlichen Umsetzung Ende 2004 maßgeblichen Bezahlungssystems, der Bundesbesoldungsordnung C.

Hinsichtlich der weiteren in § 5 genannten Besoldungsbestandteile kann eine belastbare Aussage darüber, ob Zahlfälle mit entsprechenden Bestandteilen existieren nur für den Bereich der im Landesbesoldungsamt, nicht jedoch der im Kommunal- oder Körperschaftsbereich vorliegenden Zahlfälle getroffen werden. Zudem ist nicht auszuschließen, dass sich Versorgungs- oder Hinterbliebenenbezüge in Einzelfällen nach einer der in dieser Aufzählung enthaltenen Regelungen bemessen. § 5 dieses Gesetzes hat insoweit die gleiche Auffangfunktion wie § 84 BBesG. Die umfassende Aufzählung denkbarer Fallkonstellationen vermeidet eine ungewollte Regelungslücke, die wegen des geltenden Vorbehaltes des Gesetzes in der Besoldung und Versorgung nicht ohne Weiteres geschlossen werden könnte. Außerdem kann eine verwaltungsaufwändige Prüfung aller Versorgungsfestsetzungen daraufhin, welche Altregelungen in vereinzelt Bestandsfällen der Versorgung fortwirken, unterbleiben.

Gegenüber der Regelung des § 84 BBesG konnte auf die Einbeziehung von einigen Besoldungsbestandteilen jedoch verzichtet werden (§ 84 Abs. 1 Nr. 1 c, Nr. 7, in Teilen Nr. 3 sowie Abs. 2 BBesG), da von den darin geregelten Sachverhalten landesrechtlich kein Gebrauch gemacht worden ist (z. B. Zwischenbesoldungsgruppen) oder es sich um Folgerungen aus solchen Gesetzesregelungen handelt (Zweites Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 23. Mai 1975), die auf Ämter in den neuen Bundesländern keine Auswirkung haben konnten.

Zu Absatz 3

Absatz 3 überträgt die in § 2 Abs. 3 für den 1. März 2010 vorgesehene weitere lineare Anpassung von 1,2 % auf die in Absatz 2 bereits genannten Besoldungsbestandteile, Bemessungsgrundlagen sowie Anrechnungs- und Höchstbeträge.

Zu § 6 (Höhe der Besoldung)**Zu den Absätzen 1 bis 3**

§ 2 Abs. 1 und Abs. 3, § 3 Abs. 2 und § 4 dieses Gesetzes enthalten lediglich die Angabe der Prozentsätze, um die die seit dem 1. August 2008 durch das BesVAnpG M-V 2008 festgelegten maßgeblichen Tabellensätze und Beträge, soweit sie an der linearen Anpassung teilnehmen, erhöht werden.

Aus Gründen der Rechtssicherheit und -klarheit sowie der Einheitlichkeit der Rechtsanwendung im staatlichen wie im kommunalen Bereich werden die sich ergebenden Tabellensätze und Beträge als Anlagen und damit als Bestandteil dieses Gesetzes veröffentlicht. Die Anlagen berücksichtigen die vorgesehene Anhebung der Grundgehaltssätze um die Sockelbeträge, die Anwendung der beiden linearen Erhöhungen sowie die einschlägigen Rundungsregelungen.

Wie bereits das BesVAnpG 2008 sieht das vorliegende Gesetz daher eigene Anlagen mit den ab 1. März 2009 maßgeblichen Beträgen (Anlagen 1 bis 16 sowie 17 bis 23) und den ab 1. März 2010 maßgeblichen Beträgen (Anlagen 24 bis 39) vor.

Hierbei bilden die Anlagen 17 bis 21 die nach § 2 Abs. 1 i. V. m. § 14 Abs. 3 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung (2. BesÜV) noch bis zum 31. Dezember 2009 geltende Absenkung auf 92,5 % für alle erstmals im Beitrittsgebiet ernannten Besoldungsempfänger ab. Darüber hinaus enthalten die Anlagen 22 und 23 die sich im Geltungsbereich der 2. BesÜV aus § 4 Abs. 1 und 3 der Mehrarbeitsvergütungsverordnung sowie aus § 4 Abs. 1 Nr. 1 der Erschwerniszulagenverordnung ergebenden Stundensätze für Mehrarbeit bzw. für Dienst zu ungünstigen Zeiten. Die Anlagen 17 bis 23 sind für die Angehörigen in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 9 nicht (mehr) maßgeblich. Bei ihnen endete die Absenkung durch § 12 Abs. 2 der 2. BesÜV bereits zum 1. Januar 2008.

Die befristete Geltung der Anlagen 17 bis 23 bis zum Außerkrafttreten der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung mit Ablauf des 31. Dezember 2009 ergibt sich durch die gesonderte Regelung in Artikel 4 Absatz 2, wonach die Anlagen 17 bis 23 zu diesem Zeitpunkt außer Kraft treten.

Die Anlagen enthalten dabei die jeweils geänderten Tabellen in Gänze, da insbesondere im Bereich der Zulagen eine nennenswerte Anzahl von Beträgen - wie bisher - an der linearen Anpassung nicht teilnimmt. Es entspricht auch hier dem Bedürfnis von Rechtssicherheit und -klarheit, aber auch allgemeinen Anwendbarkeitsanforderungen der Praxis, die Tabellen in Gänze und nicht auf die landesrechtlich modifizierten Gehaltsbestandteile beschränkt zur Verfügung zu stellen.

Die weiteren Anlagen 24 bis 39 berücksichtigen die sich durch dieses Gesetz ergebenden Änderungen durch die weitere lineare Anhebung um 1,2 % zum 1. März 2010. Weitere Anlagen (z. B. Anlagen 40 bis 46), die die sich aus der Absenkung nach der 2. BesÜV ergebenden Beträge ausweisen, entfallen, da ab dem 1. Januar 2010 innerhalb des Landes keine Unterscheidung mehr nach dem Ort der erstmaligen Ernennung und damit des Zahlungsniveaus vorgenommen wird.

Im Ergebnis verweist § 6 auf die jeweiligen Anlagen zur Darstellung des Rechtsstands zum 1. März 2009, dem Aufstocken durch Sockelbeträge und dem Wirksamwerden der ersten linearen Anpassung von 3 % einerseits (Absatz 2) und zum 1. März 2010, dem Wirksamwerden der weiteren linearen Anpassung von 1,2 % andererseits (Absatz 3).

Die Anlagen 1 bis 39 sind Bestandteil des Gesetzes.

Zu Absatz 4

Die Vorschrift verweist, soweit anderweitige Vorschriften auf die durch bisheriges Landesrecht oder dieses Gesetz ersetzte Anlagen des Bundesbesoldungsgesetzes Bezug nehmen, auf die sie ersetzenden Anlagen dieses Gesetzes. Als bisheriges Landesrecht, das Anlagen des Bundesbesoldungsgesetzes bereits ersetzt hat, ist das Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2008 Mecklenburg-Vorpommern zu nennen.

Zu § 7 (Erhöhung der Versorgungsbezüge)

Zu Absatz 1

Die in § 14 BBesG vorgesehene regelmäßige Anpassung der Besoldung der aktiven Beamten an die Einkommensentwicklung und deren Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung findet über § 70 Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG) ihre Entsprechung im Bereich der Versorgungsempfänger und ihrer Hinterbliebenen.

Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, dass durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 der Höchstruhegehaltssatz in der Beamtenversorgung seit 2003 schrittweise in 8 Stufen um 3,25 Prozentpunkte von 75 % auf 71,75 % abgesenkt wird. Damit sollen die Reformmaßnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung (des Altersvermögensgesetzes und des Altersvermögensergänzungsgesetzes) wirkungsgleich und systemgerecht auf die Beamtenversorgung übertragen werden. Dazu werden gemäß § 69e BeamtVG bei den auf den 31. Dezember 2002 folgenden acht allgemeinen (linearen) Bezügeanpassungen die der Berechnung der Versorgungsbezüge zugrunde liegenden aktiven ruhegehaltfähigen Dienstbezüge um einen in § 69e Abs. 3 BeamtVG tabellarisch ausgewiesenen Anpassungsfaktor mit der Folge vermindert, dass lineare Erhöhungen für Versorgungsempfänger während insgesamt acht linearer Anpassungen um 0,54 bis 0,58 Prozentpunkte geringer ausfallen als der nominale Erhöhungssatz für die Bezüge der aktiven Beamten. Die ersten drei Anpassungsschritte nach dem 31. Dezember 2002 sind bundesrechtlich erfolgt (Bundesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2003/2004). Der vierte Anpassungsschritt wurde mit der erstmals landesrechtlich geregelten linearen Erhöhung der Bezüge nach dem BesVANpG M-V 2008 zum 1. August 2008 vollzogen.

Die beiden jetzt vorgesehenen Anpassungen zum 1. März 2009 und 1. März 2010 stellen somit die fünfte und sechste allgemeine (lineare) Anpassung seit dem 31. Dezember 2002 dar, sodass in 2009 statt 3,0 % effektiv eine um etwa 0,57 % geringere Anpassung erfolgt, mithin ein Prozentsatz von näherungsweise 2,43 % zu veranschlagen ist. Die in 2010 vorgesehene Anpassung von 1,2 % stellt sich im Versorgungsbereich als eine um etwa 0,56 % geringere Anpassung dar, sodass dort effektiv ein Prozentsatz von näherungsweise 0,64 % zu veranschlagen ist.

Die Hälfte der hierdurch erzielten Einsparungen wird (als Verminderung der Versorgungsausgaben gemäß § 14a Abs. 3 BBesG) der Versorgungsrücklage nach dem Versorgungsrücklagengesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 22. November 1999 (GVOBl. M-V S. 612), das zuletzt durch Gesetz vom 13. Februar 2006 (GVOBl. M-V S. 90) geändert wurde, zugeführt.

Zu Absatz 2

Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden der bisherigen Praxis folgend um den durchschnittlichen Prozentsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge angehoben. Da nicht alle Bezügebestandteile angepasst werden, wurde die Erhöhung nach § 2 Absatz 1 in Höhe von 3,0 % pauschal um 0,1 Prozentpunkte auf 2,9 % und die Erhöhung nach § 2 Absatz 3 in Höhe von 1,2 % pauschal um 0,1 Prozentpunkte auf 1,1 % vermindert.

Dieses entspricht der sowohl bisher bundesrechtlich vorgesehenen Verfahrensweise, zuletzt durch die in BBVAnpG 2003/2004 vorgesehene Anpassung dieser Bezüge, wie auch der erstmalig landesrechtlich im BesVAnpG M-V 2008 vorgenommenen Regelung.

Zu § 8 (Rundung der Erhöhungsbeträge)

Mit der prozentualen Erhöhung der Bezüge nach den §§ 2 bis 4 dieses Gesetzes sind gegenüber den bisherigen Tabellenwerten und Beträgen Berechnungsergebnisse in Euro mit mehr als 2 Nachkommastellen denkbar. Diese sind nach der hier vorgesehenen Regelung auf jeweils volle Cent ab- oder aufzurunden. Dieses entspricht der Rundungsvorschrift des § 3 Abs. 7 BBesG, die sich nach dem Wortlaut des § 1 BBesG auf Bezügebestandteile, nicht aber auf die Erhöhungsbeträge der §§ 2 bis 4 nach diesem Gesetz bezieht.

Insoweit ist eine Regelung zur kaufmännischen Rundung dieser nicht von § 3 Abs. 7 BBesG erfassten Erhöhungsbeträge erforderlich.

Zu § 9 (Einmalzahlung)

In Umsetzung der tariflichen Vereinbarung vom 1. März 2009 erhalten Bezügeempfänger als Ausgleich dafür, dass die davor liegenden Kalendermonate Januar und Februar 2009 bei der linearen Anpassung unberücksichtigt geblieben sind, eine Einmalzahlung, sofern in den beiden Monaten Anspruch auf Dienst- oder Versorgungsbezüge bestanden hat.

Für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (sog. Anwärter) ist entsprechend der tariflichen Regelung für Auszubildende keine Einmalzahlung vorgesehen. Empfänger von Anwärterbezügen sind daher in diese Regelung nicht einbezogen.

Zu Absatz 1

Die Einmalzahlung von 40 Euro erhalten zunächst Besoldungsempfänger, d. h. Beamte, die in beiden Monaten in einem Dienstverhältnis gestanden und Aktivenbezüge erhalten haben.

Zu Absatz 2

Für Teilzeitbeschäftigte wird die sich nach Absatz 1 ergebende Einmalzahlung entsprechend dem vereinbarten Arbeitszeitumfang am Stichtag 1. Februar 2009 gewährt.

Zu Absatz 3

Versorgungsempfänger, die sich in den Monaten Januar und Februar 2009 in Ruhestand befunden und laufende Versorgungsbezüge erhalten haben, erhalten nach Satz 1 den Einmalzahlungsbetrag entsprechend ihres individuellen Bemessungssatzes. Bei Empfängern von Mindestversorgung tritt nach Satz 2 an die Stelle ihres individuellen Bemessungssatzes der Mindestversorgungssatz nach § 14 Abs. 4 BeamtVG in Höhe von 35 % bei amtsabhängiger bzw. 65 % bei amtsunabhängiger Mindestversorgung. Satz 3 weist auf die Rundungsregelung des § 49 Absatz 8 des Beamtenversorgungsgesetzes hin, da die kaufmännische Rundung des sich ergebenden Einmalzahlungsbetrages von der Rundungsregelung des § 3 Abs. 7 Bundesbesoldungsgesetz nicht erfasst ist.

Zu Absatz 4

Für Bezügeempfänger, die sich im Januar 2009 noch in einem aktiven Dienstverhältnis, im Februar 2009 jedoch im Ruhestand befanden, ist eine gesonderte Regelung erforderlich. Sie können aus tatsächlichen Gründen weder die in Absatz 1 und 2 genannten Bedingungen noch die in Absatz 3 genannten Bedingungen für jeweils beide Kalendermonate erfüllen.

Absatz 4 sieht daher mit den Sätzen 1 und 2 vor, den einen Teil des Betrages, der in Höhe von 20 Euro für Januar 2009 bestimmt ist, nach den Regelungen für Besoldungsempfänger und damit nach Absatz 1 und ggf. den Regelungen zur Teilzeitbeschäftigung nach Absatz 2 zu behandeln. Für den Teilzeitumfang ist dabei auf den Beschäftigungsumfang am 2. Januar 2009 statt am 1. Februar 2009 abzustellen. Denn die Bezügeempfänger, auf die sich die Vorschrift bezieht, befinden sich im Februar 2009 bereits in Ruhestand.

Für den anderen, sich auf Februar 2009 beziehenden Teil des Einmalzahlungsbetrages, finden die für Versorgungsempfänger geltenden Regelungen des Absatzes 3 entsprechend Anwendung.

Zu Absatz 5

Satz 1 verdeutlicht, dass die Einmalzahlung bei sonstigen Besoldungs- und Versorgungsleistungen nicht zu berücksichtigen sind. Sie bleiben daher bei der Bemessung sonstiger Versorgungsbezüge (z. B. Sterbegeld nach § 18 BeamtVG, Witwenabfindung nach § 21 BeamtVG) des Fälligkeitsmonates der Einmalzahlung unberücksichtigt.

Abweichend davon wird nach Satz 2 die Einmalzahlung beim Altersteilzeitzuschlag berücksichtigt. Die Einmalzahlung wird im Fälligkeitsmonat in Höhe von 83 v. H. des fiktiven Nettobetrages entsprechend der Altersteilzeitzuschlagsverordnung gewährt. Sie setzt sich demnach zusammen aus dem Anteil, der dem Verhältnis der nach den Regelungen für die Beamten geltenden reduzierten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht, und einem Altersteilzeitzuschlag.

Zu Artikel 2 (Gesetz zur Anpassung der Amtsbezüge der Mitglieder der Landesregierung sowie entsprechender Versorgungsbezüge)**Zu Absatz 1**

Mit dem Verweis auf Artikel 1 §§ 2 und 7 dieses Gesetzentwurfes wird die Anpassung der Bezüge der Beamten und Richter auf das Amtsgehalt der Mitglieder der Landesregierung bzw. auf die Versorgungsbezüge ehemaliger Mitglieder der Landesregierung nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 LMinG übertragen. Mit der dortigen Bezugnahme auf das Amtsgehalt- und Besoldungsanpassungsgesetz wird der dauerhafte Ausschluss von den linearen Anpassungen nach dem BBVAnpG 2003/2004 beibehalten.

Zu Absatz 2

Mit dem Verweis auf Artikel 1 § 9 dieses Gesetzentwurfes wird die Regelung zur Einmalzahlung auf die Mitglieder der Landesregierung bzw. auf Empfänger von Versorgungsbezüen als ehemalige Mitglieder der Landesregierung nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 LMinG übertragen.

Zu Artikel 3 (Gesetz zur Anpassung der Amtsbezüge der Parlamentarischen Staatssekretäre sowie entsprechender Versorgungsbezüge)**Zu Absatz 1**

Mit dem Verweis auf Artikel 1 §§ 2 und 7 dieses Gesetzentwurfes wird die Anpassung der Bezüge der Beamten und Richter auf Empfänger von Amts- und Versorgungsbezüen nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse Parlamentarischer Staatssekretäre übertragen.

Zu Absatz 2

Mit dem Verweis auf Artikel 1 § 9 dieses Gesetzentwurfes wird die Regelung zur Einmalzahlung auf Empfänger von Amts- und Versorgungsbezüen nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse Parlamentarischer Staatssekretäre übertragen.

Zu Artikel 4 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)**Zu Absatz 1**

Die Bestimmung regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Zu Absatz 2

Die befristete Geltung der Anlagen 17 bis 23 des Artikels 1 bis zum Außerkrafttreten der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung mit Ablauf des 31. Dezember 2009 nach § 14 Abs. 3 der 2. BesÜV ergibt sich durch die Außerkrafttretensregelung dieses Absatzes.

gültig ab 1. März 2009

Anlage 1

1. Bundesbesoldungsordnung A

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Besol- dungs- gruppe	2-Jahres-Rhythmus			3-Jahres-Rhythmus			4-Jahres-Rhythmus					
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2	1 583,47	1 621,21	1 658,96	1 696,70	1 734,44	1 772,21	1 809,96					
A 3	1 648,66	1 688,82	1 728,97	1 769,13	1 809,31	1 849,48	1 889,65					
A 4	1 685,63	1 732,93	1 780,20	1 827,50	1 874,78	1 922,07	1 969,34					
A 5	1 699,09	1 759,63	1 806,68	1 853,71	1 900,76	1 947,80	1 994,85	2 041,90				
A 6	1 738,83	1 790,49	1 842,14	1 893,79	1 945,44	1 997,10	2 048,76	2 100,42	2 152,06			
A 7	1 814,35	1 860,77	1 925,77	1 990,76	2 055,76	2 120,75	2 185,76	2 232,16	2 278,59	2 325,03		
A 8		1 926,73	1 982,25	2 065,54	2 148,84	2 232,12	2 315,44	2 370,97	2 426,48	2 482,03	2 537,55	
A 9		2 051,41	2 106,05	2 194,94	2 283,84	2 372,74	2 461,64	2 522,74	2 583,88	2 644,98	2 706,10	
A 10		2 208,80	2 284,74	2 398,62	2 512,53	2 626,43	2 740,34	2 816,26	2 892,19	2 968,11	3 044,04	
A 11			2 543,03	2 659,73	2 776,43	2 893,15	3 009,86	3 087,66	3 165,46	3 243,28	3 321,09	3 398,89
A 12			2 733,36	2 872,51	3 011,64	3 150,79	3 289,92	3 382,68	3 475,44	3 568,20	3 660,98	3 753,73
A 13			3 074,05	3 224,30	3 374,56	3 524,80	3 675,05	3 775,22	3 875,39	3 975,55	4 075,74	4 175,91
A 14			3 198,52	3 393,39	3 588,22	3 783,06	3 977,90	4 107,78	4 237,69	4 367,58	4 497,48	4 627,38
A 15						4 158,09	4 372,31	4 543,69	4 715,06	4 886,44	5 057,83	5 229,20
A 16						4 590,33	4 838,06	5 036,29	5 234,50	5 432,68	5 630,90	5 829,10

gültig ab 1. März 2009

2. Bundesbesoldungsordnung B**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
B 1	5 229,20
B 2	6 079,86
B 3	6 439,99
B 4	6 817,18
B 5	7 249,92
B 6	7 658,57
B 7	8 056,08
B 8	8 470,39
B 9	8 984,81
B 10	10 582,30
B 11	11 483,25

gültig ab 1. März 2009

3. Bundesbesoldungsordnung W**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	W 1	W 2	W 3
	3 629,81	4 143,53	5 027,01

gültig ab 1. März 2009

4. Bundesbesoldungsordnung R**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lebensalter											
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	3 299,77	3 450,04	3 529,14	3 733,17	3 937,23	4 141,26	4 345,31	4 549,37	4 753,40	4 957,45	5 161,48	5 365,55
R 2			4 017,57	4 221,62	4 425,65	4 629,71	4 833,76	5 037,80	5 241,85	5 445,88	5 649,93	5 853,94
R 3	6 439,99											
R 4	6 817,18											
R 5	7 249,92											
R 6	7 658,57											
R 7	8 056,08											
R 8	8 470,39											
R 9	8 984,81											
R 10	11 037,72											

Bundesbesoldungsordnung C

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	2 873,71	2 973,89	3 074,05	3 174,21	3 274,40	3 374,56	3 474,72	3 574,88	3 675,05	3 775,22	3 875,39	3 975,55	4 075,74	4 175,91	
C 2	2 879,95	3 039,59	3 199,23	3 358,88	3 518,51	3 678,15	3 837,79	3 997,41	4 157,05	4 316,69	4 476,31	4 635,95	4 795,58	4 955,23	5 114,87
C 3	3 169,23	3 349,98	3 530,74	3 711,50	3 892,26	4 073,01	4 253,76	4 434,50	4 615,27	4 796,02	4 976,76	5 157,53	5 338,27	5 519,03	5 699,77
C 4	4 020,19	4 201,90	4 383,60	4 565,30	4 747,01	4 928,70	5 110,42	5 292,10	5 473,80	5 655,50	5 837,22	6 018,90	6 200,61	6 382,31	6 564,01

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)

- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkungen	75,49	Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkungen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)	Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkungen	205,54 230,08
Nummer 2b		Nummer 3 Die Zulage beträgt		Nummer 5 wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1 der Besoldungsgruppe R 2	
		für Beamte der Besoldungsgruppe(n) C 1 C 2 C 3 und C 4	A 13 A 15 B 3	Besoldungsgruppe Fußnote C 2 1	104,32
*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).					

gültig ab 1. März 2009

Anlage 3

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1 BBesG)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2 BBesG)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	106,24	201,68
übrige Besoldungsgruppen	111,58	207,02

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag
für das zweite zu berücksichtigende Kind um 95,44 Euro,
für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 244,39 Euro.

Der Familienzuschlag erhöht sich für das dritte und jedes weitere berücksichtigungsfähige Kind
darüber hinaus nach Maßgabe des § 6 BesVAnpG 2008 M-V um je 50,00 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den
Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 Euro,
ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende
in den Besoldungsgruppen A 2 und A 3 um je 25,56 Euro,
in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro und
in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren
Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1 BBesG

- in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8: 98,76 Euro
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 104,84 Euro

gültig ab 1. März 2009

Anlage 4

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2 BBesG)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	922,27	1 088,43	1 256,83	1 424,11	1 592,51	1 760,90	1 927,08	2 096,58	2 261,64	2 430,58	2 598,43	2 765,15
A 9	1 084,54	1 264,65	1 443,62	1 623,73	1 804,95	1 984,51	2 164,62	2 345,27	2 524,82	2 704,93	2 884,48	3 064,57
A 10	1 223,93	1 412,95	1 599,21	1 786,55	1 973,34	2 161,26	2 348,05	2 534,85	2 721,08	2 907,89	3 095,80	3 282,60
A 11	1 332,67	1 528,94	1 723,54	1 918,71	2 113,86	2 308,47	2 504,19	2 699,34	2 895,06	3 089,66	3 284,83	3 479,43
A 12	1 483,79	1 690,65	1 896,95	2 104,39	2 310,69	2 518,68	2 724,99	2 932,42	3 138,73	3 346,16	3 553,58	3 760,46
A 13 und C 1	1 631,55	1 847,34	2 061,44	2 276,68	2 491,35	2 706,60	2 921,84	3 136,50	3 352,31	3 566,40	3 782,21	3 996,89
A 14	1 782,09	2 004,58	2 226,95	2 450,10	2 672,59	2 895,61	3 118,10	3 340,03	3 562,50	3 785,55	4 007,47	4 229,40
A 15, C 2 und R 1	1 991,19	2 231,52	2 661,01	2 712,16	2 952,50	3 193,38	3 433,15	3 674,58	3 914,92	4 155,80	4 396,12	4 636,45
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2 103,81	2 356,42	2 609,02	2 861,05	3 114,75	3 366,23	3 618,83	3 871,43	4 124,02	4 377,17	4 629,21	4 881,24
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2 103,81	2 365,35	2 629,64	2 893,94	3 158,26	3 423,66	3 687,97	3 952,83	4 217,12	4 482,00	4 746,30	5 010,61
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2 316,84	2 610,12	2 903,44	3 196,19	3 489,46	3 782,75	4 075,51	4 368,25	4 662,10	4 954,28	5 247,02	5 541,44
B 8 und höher, R 8 und höher	2 481,89	2 813,09	3 143,20	3 474,41	3 805,08	4 136,28	4 468,05	4 798,70	5 129,94	5 460,58	5 791,80	6 122,46

gültig ab 1. März 2009

Anlage 5

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3 BBesG)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	784,55	925,61	1 067,79	1 210,54	1 354,42	1 496,60	1 638,24	1 781,55	1 922,60	2 066,45	2 208,65	2 350,28
A 9	921,16	1 075,05	1 226,72	1 380,08	1 535,07	1 687,30	1 840,63	1 993,98	2 146,21	2 299,54	2 451,77	2 604,00
A 10	1 040,49	1 201,63	1 360,00	1 518,90	1 678,38	1 836,74	1 996,21	2 155,13	2 312,37	2 471,85	2 631,87	2 790,22
A 11	1 133,04	1 299,21	1 464,81	1 630,99	1 797,14	1 963,32	2 128,92	2 295,09	2 460,14	2 625,74	2 792,48	2 956,96
A 12	1 260,18	1 436,95	1 612,57	1 788,22	1 964,99	2 140,63	2 315,72	2 491,91	2 668,67	2 844,33	3 020,53	3 196,19
A 13 und C 1	1 387,31	1 570,20	1 751,97	1 935,42	2 117,77	2 300,67	2 483,56	2 665,89	2 849,91	3 031,68	3 214,57	3 397,46
A 14	1 515,00	1 704,03	1 892,49	2 083,21	2 271,67	2 460,70	2 649,16	2 838,76	3 027,81	3 217,35	3 406,38	3 594,85
A 15, C 2 und R 1	1 692,32	1 896,40	2 100,49	2 305,68	2 510,89	2 713,84	2 917,93	3 123,67	3 328,32	3 532,40	3 736,49	3 941,67
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1 787,67	2 002,35	2 217,02	2 432,26	2 646,37	2 861,05	3 076,28	3 290,40	3 505,64	3 721,43	3 935,00	4 149,65
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1 787,67	2 010,71	2 235,43	2 460,14	2 684,29	2 909,57	3 134,82	3 359,55	3 584,27	3 812,11	4 033,68	4 258,42
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1 969,47	2 218,14	2 467,38	2 716,64	2 965,88	3 215,13	3 464,37	3 713,62	3 962,32	4 212,12	4 460,24	4 710,06
B 8 und höher, R 8 und höher	2 109,41	2 391,00	2 672,59	2 953,61	3 235,76	3 515,68	3 797,27	4 078,29	4 359,87	4 640,91	4 922,49	5 204,09

gültig ab 1. März 2009

Anlage 6

Auslandszuschlag (§ 55 Abs.4 BBesG)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	646,26	761,68	880,45	996,99	1 115,19	1 232,30	1 349,39	1 467,60	1 583,58	1 701,79	1 818,89	1 936,00
A 9	758,91	884,35	1 010,37	1 135,83	1 264,08	1 389,54	1 515,56	1 641,59	1 767,60	1 892,49	2 019,08	2 145,10
A 10	857,59	989,18	1 119,65	1 251,26	1 381,74	1 513,34	1 643,80	1 774,28	1 905,89	2 035,80	2 166,29	2 298,43
A 11	933,42	1 069,49	1 206,65	1 343,25	1 480,42	1 615,92	1 752,54	1 889,15	2 026,32	2 161,82	2 299,54	2 435,60
A 12	1 038,26	1 183,22	1 327,65	1 473,74	1 617,59	1 762,58	1 908,11	2 051,96	2 196,95	2 342,49	2 487,45	2 632,99
A 13 und C 1	1 141,97	1 292,52	1 442,51	1 593,07	1 744,18	1 894,16	2 044,72	2 195,28	2 346,39	2 496,37	2 647,48	2 797,49
A 14	1 247,90	1 403,26	1 558,48	1 714,06	1 871,31	2 026,88	2 182,45	2 338,02	2 493,59	2 649,16	2 804,74	2 960,87
A 15, C 2 und R 1	1 393,45	1 561,29	1 730,24	1 899,18	2 067,04	2 235,98	2 403,82	2 572,22	2 740,62	2 909,02	3 077,39	3 245,24
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1 472,62	1 649,38	1 825,58	2 002,35	2 180,22	2 356,98	2 532,62	2 709,95	2 886,70	3 064,57	3 240,77	3 417,00
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1 472,62	1 654,95	1 840,63	2 025,76	2 210,89	2 397,12	2 581,13	2 765,70	2 949,28	3 137,07	3 321,64	3 507,31
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1 622,06	1 826,70	2 032,45	2 237,66	2 442,29	2 647,48	2 853,24	3 057,89	3 263,64	3 467,72	3 673,48	3 879,22
B 8 und höher, R 8 und höher	1 736,92	1 968,89	2 200,30	2 432,26	2 664,22	2 896,19	3 127,58	3 359,55	3 590,39	3 822,37	4 054,31	4 285,72

gültig ab 1. März 2009

Anlage 7

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4 BBesG)
- Unterkunft und Verpflegung -
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	452,22	533,62	615,61	698,12	780,64	862,62	944,02	1 027,65	1 107,96	1 191,60	1 272,99	1 355,53
A 9	530,84	618,93	707,04	795,13	884,35	972,45	1 061,12	1 149,22	1 236,76	1 324,86	1 414,08	1 500,51
A 10	600,54	692,53	784,01	875,44	967,44	1 059,44	1 151,46	1 242,89	1 333,79	1 424,68	1 516,66	1 608,13
A 11	652,38	749,43	844,20	940,13	1 035,48	1 131,36	1 226,72	1 322,63	1 418,53	1 513,88	1 609,25	1 704,60
A 12	726,56	828,04	930,63	1 031,01	1 132,48	1 233,41	1 335,45	1 436,95	1 538,42	1 639,35	1 740,82	1 842,31
A 13 und C 1	799,04	904,43	1 009,82	1 115,76	1 220,59	1 325,98	1 431,94	1 537,31	1 642,70	1 748,08	1 853,47	1 958,85
A 14	873,76	982,49	1 091,22	1 201,07	1 309,81	1 419,11	1 527,82	1 636,56	1 745,29	1 854,59	1 963,87	2 072,60
A 15, C 2 und R 1	975,80	1 093,45	1 211,11	1 328,77	1 446,42	1 563,51	1 682,85	1 801,04	1 918,15	2 036,37	2 154,01	2 272,21
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1 031,01	1 154,78	1 278,02	1 401,25	1 526,16	1 649,38	1 773,17	1 896,95	2 021,30	2 145,10	2 268,32	2 391,55
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1 031,01	1 158,69	1 288,62	1 418,53	1 547,34	1 676,69	1 807,75	1 936,54	2 066,45	2 195,28	2 326,32	2 455,68
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1 135,29	1 278,58	1 422,44	1 566,31	1 709,60	1 853,47	1 997,33	2 140,63	2 284,49	2 427,79	2 571,66	2 714,40
B 8 und höher, R 8 und höher	1 216,13	1 377,83	1 540,65	1 702,34	1 864,63	2 026,88	2 189,15	2 350,86	2 514,24	2 675,38	2 837,63	3 000,46

gültig ab 1. März 2009

Anlage 8

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4 BBesG)- Unterkunft und Verpflegung -
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	549,24	647,38	748,30	846,99	947,36	1 047,18	1 147,54	1 247,90	1 346,06	1 446,42	1 545,66	1 646,03
A 9	645,13	752,19	859,26	966,33	1 074,51	1 180,44	1 288,62	1 395,12	1 502,18	1 609,25	1 715,74	1 822,81
A 10	728,23	840,30	951,26	1 063,34	1 174,31	1 286,39	1 396,79	1 508,31	1 618,71	1 730,24	1 842,31	1 953,28
A 11	792,92	909,44	1 025,99	1 141,97	1 257,40	1 373,37	1 490,45	1 605,89	1 722,44	1 838,41	1 954,40	2 070,38
A 12	882,69	1 005,91	1 129,15	1 251,82	1 374,48	1 497,71	1 621,51	1 744,18	1 868,52	1 991,19	2 113,86	2 237,66
A 13 und C 1	970,79	1 099,04	1 226,16	1 354,98	1 482,66	1 609,79	1 738,04	1 866,29	1 994,54	2 122,23	2 250,48	2 378,17
A 14	1 060,56	1 193,83	1 324,86	1 457,57	1 589,72	1 722,98	1 854,59	1 986,72	2 119,45	2 252,15	2 383,74	2 517,56
A 15, C 2 und R 1	1 184,34	1 327,07	1 470,38	1 613,70	1 757,56	1 900,30	2 043,05	2 186,37	2 329,67	2 472,40	2 615,70	2 758,45
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1 251,82	1 401,25	1 552,37	1 702,34	1 852,90	2 002,90	2 153,46	2 303,46	2 454,00	2 604,00	2 754,55	2 904,54
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1 251,82	1 407,39	1 563,51	1 722,44	1 879,11	2 037,46	2 194,15	2 351,40	2 509,76	2 666,46	2 823,69	2 980,94
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1 378,38	1 552,92	1 727,44	1 901,99	2 075,40	2 251,03	2 425,01	2 599,53	2 772,94	2 948,05	3 122,56	3 297,09
B 8 und höher, R 8 und höher	1 477,63	1 673,36	1 871,31	2 067,58	2 264,43	2 461,24	2 658,63	2 855,47	3 051,19	3 248,60	3 445,41	3 643,37

gültig ab 1. März 2009

Anlage 9

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	1 022,09	1 195,50	1 367,25	1 541,21	1 711,27	1 884,69	2 058,12	2 231,52	2 403,82	2 575,56	2 747,86	2 921,84
A 9	1 197,16	1 381,74	1 568,52	1 751,97	1 937,12	2 121,68	2 306,24	2 492,47	2 677,04	2 861,61	3 047,85	3 232,97
A 10	1 353,85	1 546,22	1 738,04	1 929,29	2 121,11	2 313,50	2 505,29	2 697,67	2 890,60	3 081,31	3 273,68	3 466,06
A 11	1 473,74	1 674,48	1 876,33	2 077,06	2 278,92	2 480,77	2 681,51	2 882,79	3 084,65	3 285,95	3 487,79	3 688,54
A 12	1 638,24	1 851,23	2 063,68	2 276,13	2 488,57	2 701,01	2 913,47	3 126,46	3 338,92	3 551,36	3 763,80	3 976,24
A 13 und C 1	1 802,16	2 024,09	2 245,46	2 467,38	2 689,87	2 910,69	3 132,61	3 355,08	3 577,56	3 798,38	4 020,30	4 243,33
A 14	1 967,77	2 196,41	2 426,13	2 655,30	2 885,02	3 115,33	3 343,93	3 573,12	3 801,72	4 031,45	4 260,07	4 490,92
A 15, C 2 und R 1	2 199,18	2 448,98	2 698,22	2 947,47	3 196,19	3 445,41	3 695,23	3 944,47	4 193,72	4 442,40	4 690,53	4 941,45
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2 332,44	2 593,41	2 855,47	3 117,54	3 377,39	3 638,90	3 899,29	4 161,38	4 422,34	4 683,28	4 945,37	5 206,33
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2 333,00	2 607,90	2 882,24	3 156,58	3 430,92	3 705,25	3 980,14	4 254,49	4 528,83	4 803,18	5 078,08	5 351,86
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2 601,21	2 902,87	3 203,97	3 506,19	3 811,00	4 109,52	4 411,18	4 713,40	5 014,51	5 316,72	5 618,39	5 920,62
B 8 und höher, R 8 und höher	2 805,30	3 145,99	3 487,23	3 828,49	4 169,19	4 509,32	4 851,13	5 191,28	5 531,97	5 873,76		

gültig ab 1. März 2009

Anlage 10

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5 BBesG)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	877,66	1 022,64	1 169,84	1 315,39	1 462,05	1 609,25	1 754,77	1 901,99	2 048,62	2 193,60	2 341,36	2 485,79
A 9	1 024,86	1 180,44	1 341,05	1 497,17	1 653,83	1 811,09	1 967,77	2 123,90	2 281,15	2 438,95	2 595,62	2 752,87
A 10	1 159,26	1 324,30	1 487,68	1 652,74	1 816,66	1 979,49	2 143,97	2 306,79	2 661,55	2 635,77	2 799,15	2 964,20
A 11	1 264,65	1 435,83	1 607,00	1 778,75	1 949,93	2 121,68	2 292,85	2 465,15	2 636,35	2 807,52	2 979,26	3 150,99
A 12	1 406,83	1 586,38	1 767,02	1 947,15	2 127,80	2 307,36	2 488,02	2 668,67	2 849,33	3 028,89	3 208,99	3 389,09
A 13 und C 1	1 547,90	1 736,37	1 924,28	2 112,75	2 301,78	2 489,69	2 677,61	2 865,50	3 055,10	3 243,00	3 430,92	3 619,39
A 14	1 688,97	1 882,46	2 077,06	2 272,21	2 466,83	2 661,44	2 856,03	3 049,52	3 244,68	3 439,83	3 633,89	3 829,04
A 15, C 2 und R 1	1 888,60	2 099,93	2 310,69	2 522,58	2 734,48	2 945,81	3 156,58	3 367,35	3 579,78	3 791,13	4 002,45	4 213,23
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2 003,46	2 225,40	2 446,75	2 668,67	2 890,04	3 111,97	3 332,78	3 554,70	3 776,08	3 998,00	4 219,38	4 440,74
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2 008,47	2 240,98	2 474,07	2 707,15	2 939,68	3 172,75	3 405,83	3 638,90	3 871,43	4 105,07	4 338,13	4 570,11
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2 239,89	2 495,82	2 753,44	3 009,37	3 266,43	3 521,81	3 778,30	4 034,80	4 291,84	4 548,35	4 804,29	5 061,36
B 8 und höher, R 8 und höher	2 419,44	2 708,26	2 998,78	3 287,06	3 577,56	3 866,40	4 155,80	4 445,19	4 734,58	5 023,43		

gültig ab 1. März 2009

Anlage 11

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5 BBesG)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	734,36	856,47	975,24	1 096,25	1 216,13	1 336,02	1 456,44	1 576,90	1 697,89	1 817,78	1 937,67	2 058,12
A 9	859,26	989,18	1 119,65	1 247,90	1 378,38	1 508,87	1 638,78	1 770,38	1 900,87	2 030,79	2 161,26	2 291,75
A 10	971,90	1 105,16	1 240,11	1 372,26	1 506,62	1 640,47	1 774,85	1 909,21	2 042,49	2 177,42	2 309,58	2 443,41
A 11	1 058,34	1 201,07	1 342,14	1 483,79	1 625,96	1 767,02	1 909,21	2 049,74	2 191,92	2 333,57	2 475,19	2 617,37
A 12	1 175,97	1 325,41	1 475,41	1 624,29	1 773,17	1 922,05	2 071,48	2 219,80	2 370,36	2 519,25	2 668,67	2 816,99
A 13 und C 1	1 295,86	1 448,65	1 603,66	1 758,11	1 912,58	2 065,91	2 219,24	2 374,26	2 528,18	2 682,05	2 836,51	2 990,42
A 14	1 415,19	1 575,23	1 734,14	1 893,06	2 053,09	2 213,12	2 373,14	2 532,07	2 692,66	2 852,68	3 011,61	3 171,64
A 15, C 2 und R 1	1 581,92	1 757,00	1 930,98	2 105,52	2 280,02	2 455,12	2 629,64	2 804,17	2 978,71	3 153,24	3 328,88	3 502,86
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1 679,50	1 862,39	2 044,72	2 228,74	2 412,13	2 593,96	2 777,97	2 960,29	3 143,20	3 325,53	3 510,10	3 692,99
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1 683,95	1 876,33	2 068,15	2 259,96	2 452,32	2 644,15	2 836,51	3 028,33	3 220,70	3 412,52	3 605,44	3 796,71
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1 881,90	2 093,24	2 303,46	2 514,78	2 724,99	2 935,78	3 145,99	3 357,31	3 567,53	3 777,75	3 989,08	4 199,30
B 8 und höher, R 8 und höher	2 035,80	2 274,46	2 514,78	2 753,99	2 992,63	3 232,42	3 471,61	3 709,71	3 950,04	4 189,81		

gültig ab 1. März 2009

Anlage 12

Auslandskinderzuschlag (§ 56 BBesG)
(Monatsbeträge in Euro je Kind)

Besoldungsgruppe	nach § 56 Abs. 1 Nr. 1												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
	Stufe des Auslandszuschlages												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 2 bis A 16, B 1 bis B 11	133,26	152,79	172,85	191,26	211,89	231,41	250,36	269,88	289,39	309,47	328,98	346,82	133,26

gültig ab 1. März 2009

Anlage 13**Anwärtergrundbetrag**
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	789,57
A 5 bis A 8	901,37
A 9 bis A 11	951,36
A 12	1 080,79
A 13	1 110,23
A 13 + Zulage	
(Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 142,57

gültig ab 1. März 2009

Anlage 14

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz			
§ 44	bis zu 102,26	Nummer 6 a	102,26
§ 48 Abs. 2	bis zu 102,26	Nummer 7	
§ 78	bis zu 76,69	Die Zulage beträgt für	12,5 v. H. des
		Beamte und Soldaten der	Endgrundgehalts
		Besoldungsgruppen	oder, bei festen
			Gehältern, des
			Grundgehalts der
			Besoldungsgruppe *)
Bundesbesoldungsordnungen A und B		A 2 bis A 5	A 5
Vorbemerkungen		A 6 bis A 9	A 9
Nummer 2 Abs. 2	127,82	A 10 bis A 13	A 13
Nummer 4	51,13	A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 4a	76,69	A 16, B 2 bis B 4	B 3
Nummer 5		B 5 bis B 7	B 6
Die Zulage beträgt für		B 8 bis B 10	B 9
		B 11	B 11
		Nummer 8	
Mannschaften,		Die Zulage beträgt	
Unteroffiziere/Beamte		für Beamte der Besoldungsgruppen	
der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	35,79	A 2 bis A 5	115,04
		A 6 bis A 9	153,39
Unteroffiziere/Beamte		A 10 und höher	191,73
der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	51,13	Nummer 8a	
		die Zulage beträgt	
Offiziere/Beamte des gehobenen		für Beamte der Besoldungsgruppen	
und höheren Dienstes	76,69	A 2 bis A 5	70,06
		A 6 bis A 9	95,53
Nummer 5a		A 10 bis A 13	117,82
Abs. 1		A 14 und höher	140,11
Buchstabe a	92,03	für Anwärter der Laufbahngruppe	
Buchstabe b	153,39	des mittleren Dienstes	50,96
Buchstabe c	219,86	des gehobenen Dienstes	66,87
Abs. 2		des höheren Dienstes	82,80
Nr. 1 Buchstabe a	138,05	Nummer 8b	
Buchstabe b	102,26	die Zulage beträgt	
Nr. 2 Buchstabe a	102,26	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe b	40,90	A 2 bis A 5	92,03
Nr. 3	66,47	A 6 bis A 9	122,71
Nr. 4 und 5	61,36	A 10 bis A 13	153,39
Nr. 6 Buchstabe a	102,26	A 14 und höher	184,07
Buchstabe b	102,26	Nummer 9	
Nr. 7 Buchstabe a	102,26	Die Zulage beträgt	
Buchstabe b	40,90	nach einer Dienstzeit	
Nr. 8 Buchstabe a	127,82	von einem Jahr	63,69
Buchstabe b	66,47	von zwei Jahren	127,38
Nr. 9	61,36		
Nummer 6 Abs. 1			
Buchstabe a	460,16		
Buchstabe b	368,13		
Buchstabe c	294,50		

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 9a		Nummer 27	
Abs. 1		Abs. 1	
Buchstabe a	102,26	Buchstabe a	
Buchstabe b	204,52	Doppelbuchstabe aa	17,37
Buchstabe c	153,39	Doppelbuchstabe bb	67,92
Abs. 2		Buchstabe b	75,49
Buchstabe a	40,90	Buchstabe c	75,49
Buchstabe b	51,13	Abs. 2	
Nummer 10 Abs. 1		Buchstabe a	
Die Zulage beträgt		Doppelbuchstabe bb	50,57
nach einer Dienstzeit		Buchstabe b und c	75,49
von einem Jahr	63,69	Nummer 30	23,01
von zwei Jahren	127,38		
Nummer 12	95,53	Besoldungsgruppen	Fußnote
Nummer 13a	bis zu 76,69	A 2	1 32,42
Nummer 13c			2 17,73
Die Zulage beträgt			3 59,80
für Beamte der Besoldungsgruppen		A 3	1, 5 59,80
A 2 bis A 7	46,02		2 32,42
A 8 bis A 11	61,36		7 30,21
A 12 bis A 15	71,58	A 4	1, 4 59,80
A 16 und höher	92,03		2 32,42
Nummer 13d			5 6,51
Die Zulage beträgt		A 5	3 32,42
für Beamte der Besoldungsgruppen			4, 6 59,80
A 2 und A 3	12,78	A 6	6 32,42
A 4 bis A 6	17,90	A 7	2 40,25
A 7 bis A 10	35,79		5 50 v. H. des
A 11	40,90		jeweiligen Unter-
A 12 bis A 15	48,57		schiedsbetrages
A 16 bis B 4	58,80		zum Grundgehalt
B 5 bis B 7	71,58		der Besoldungs-
Nummer 19 Satz 1	224,21		gruppe A 8
Nummer 21	188,11	A 8	2 51,88
Nummer 25	38,35	A 9	2, 3, 6 241,40
Nummer 26 Abs. 1			7 8 v. H. des
Die Zulage beträgt für Beamte			Endgrund-
des mittleren Dienstes	17,05		gehalts der
des gehobenen Dienstes	38,35		Besoldungs-
			gruppe A 9
		A 12	7, 8 140,21
		A 13	6 112,14
			7 168,19
			11, 12, 13 245,32
		A 14	5 168,19
		A 15	7 168,19
		B 10	1 388,65

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe *)	
a) bei Verwendung		
bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	R 1	
R 2 bis R 4	R 3	
R 5 bis R 7	R 6	
R 8 bis R 10	R 9	
b) bei Verwendung		
bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter- amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 bis R 10	B 9	
Nummer 4	38,35	
Besoldungsgruppen		
Fußnote		
R 1	1, 2	185,96
R 2	3 bis 8, 10	185,96
R 3	3	185,96
R 8	2	371,83
*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).		

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
Landesbesoldungsordnung A		
Besoldungsgruppen		
Fußnote		
A 13	12	168,19
A 14	1	168,19
A 15	2	168,19

gültig ab 1. März 2009

Anlage 15

Sätze der Mehrarbeitsvergütung

(Beträge in Euro)

§ 4 Abs. 1 MVergV	
A 2 bis A 4	10,56
A 5 bis A 8	12,47
A 9 bis A 12	17,12
A 13 bis A 16	23,61

§ 4 Abs. 3 MVergV	
Nummer 1	15,93
Nummer 2	19,73
Nummer 3	23,43
Nummer 4 und 5	27,38

gültig ab 1. März 2009

Anlage 16

**Sätze der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten
nach § 4 Absatz 1 Nummer 1**

(Beträge in Euro)

Erschwerniszulage	
§ 4 Absatz 1 Nummer 1	2,88

gültig ab 1. März 2009

Anlage 17
(Zweite Besoldungsübergangsverordnung)**1. Bundesbesoldungsordnung A****Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus		3-Jahres-Rhythmus					4-Jahres-Rhythmus					
	1	2	Stufe										
			3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 10		2 043,14	2 113,38	2 218,72	2 324,09	2 429,45	2 534,81	2 605,04	2 675,28	2 745,50	2 815,74		
A 11			2 352,30	2 460,25	2 568,20	2 676,16	2 784,12	2 856,09	2 928,05	3 000,03	3 072,01	3 143,97	
A 12			2 528,36	2 657,07	2 785,77	2 914,48	3 043,18	3 128,98	3 214,78	3 300,59	3 386,41	3 472,20	
A 13			2 843,50	2 982,48	3 121,47	3 260,44	3 399,42	3 492,08	3 584,74	3 677,38	3 770,06	3 862,72	
A 14			2 958,63	3 138,89	3 319,10	3 499,33	3 679,56	3 799,70	3 919,86	4 040,01	4 160,17	4 280,33	
A 15						3 846,23	4 044,39	4 202,91	4 361,43	4 519,96	4 678,49	4 837,01	
A 16						4 246,06	4 475,21	4 658,57	4 841,91	5 025,23	5 208,58	5 391,92	

gültig ab 1. März 2009

(Zweite Besoldungsübergangsverordnung)

2. Bundesbesoldungsordnung B**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
B 1	4 837,01
B 2	5 623,87
B 3	5 956,99
B 4	6 305,89
B 5	6 706,18
B 6	7 084,18
B 7	7 451,87
B 8	7 835,11
B 9	8 310,95
B 10	9 788,63
B 11	10 622,01

gültig ab 1. März 2009

(Zweite Besoldungsübergangsverordnung)

3. Bundesbesoldungsordnung W**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	W 1	W 2	W 3
	3 357,57	3 832,77	4 649,98

gültig ab 1. März 2009

(Zweite Besoldungsübergangsverordnung)

4. Bundesbesoldungsordnung R**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lebensalter											
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	3 052,29	3 191,29	3 264,45	3 453,18	3 641,94	3 830,67	4 019,41	4 208,17	4 396,90	4 585,64	4 774,37	4 963,13
R 2			3 716,25	3 905,00	4 093,73	4 282,48	4 471,23	4 659,97	4 848,71	5 037,44	5 226,19	5 414,89
R 3	5 956,99											
R 4	6 305,89											
R 5	6 706,18											
R 6	7 084,18											
R 7	7 451,87											
R 8	7 835,11											
R 9	8 310,95											
R 10	10 209,89											

gültig ab 1. März 2009

Anlage 18
(Zweite Besoldungsübergangsverordnung)

Bundesbesoldungsordnung C

Grundgehaltsätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	2 658,18	2 750,85	2 843,50	2 936,14	3 028,82	3 121,47	3 214,12	3 306,76	3 399,42	3 492,08	3 584,74	3 677,38	3 770,06	3 862,72	4 731,25
C 2	2 663,95	2 811,62	2 959,29	3 106,96	3 254,62	3 402,29	3 549,96	3 697,60	3 845,27	3 992,94	4 140,59	4 288,25	4 435,91	4 583,59	5 272,29
C 3	2 931,54	3 098,73	3 265,93	3 433,14	3 600,34	3 767,53	3 934,73	4 101,91	4 269,12	4 436,32	4 603,50	4 770,72	4 937,90	5 105,10	6 071,71
C 4	3 718,68	3 886,76	4 054,83	4 222,90	4 390,98	4 559,05	4 727,14	4 895,19	5 063,27	5 231,34	5 399,43	5 567,48	5 735,56	5 903,64	6 071,71

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)

- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung C Vorbelegungen		Bundesbesoldungsordnung C Vorbelegungen		Bundesbesoldungsordnung C Vorbelegungen	
Nummer 2b	69,83	Nummer 3 Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)	Nummer 5 wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1 der Besoldungsgruppe R 2	190,12 212,82
		für Beamte der Besoldungsgruppe(n) C 1 C 2 C 3 und C 4	A 13 A 15 B 3	Besoldungsgruppe Fußnote C 2 1	96,50

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 16. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3081).

gültig ab 1. März 2009

Anlage 19
(Zweite Besoldungsübergangsverordnung)**Familienzuschlag**
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1 BBesG)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2 BBesG)
Besoldungsgruppen A 10 bis A 16, sowie die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnungen B, R, W und C und Empfänger von Anwärterbezügen	103,21	191,49

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag
für das zweite zu berücksichtigende Kind um
für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um

88,28 Euro,
226,06 Euro.

Der Familienzuschlag erhöht sich für das dritte und jedes weitere berücksichtigungsfähige Kind
darüber hinaus nach Maßgabe des § 6 BesVAnpG 2008 M-V um je

50,00 Euro.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1 BBesG

in den Besoldungsgruppen A 10 bis A 12:

96,98 Euro

gültig ab 1. März 2009

Anlage 20
(Zweite Besoldungsübergangsverordnung)**Anwärtergrundbetrag**
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	752,27
A 5 bis A 8	858,78
A 9 bis A 11	906,41
A 12	1 029,72
A 13	1 057,77
A 13 + Zulage	
(Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 088,59

gültig ab 1. März 2009

Anlage 21

(Zweite Besoldungsübergangsverordnung)

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)

- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz			
§ 44	bis zu 94,59	Nummer 6 a	94,59
§ 48 Abs. 2	bis zu 94,59	Nummer 7	
§ 78	bis zu 70,94	Die Zulage beträgt für	12,5 v. H. des
		Beamte und Soldaten der	Endgrundgehalts
		Besoldungsgruppen	oder, bei festen
			Gehältern, des
			Grundgehalts der
			Besoldungsgruppe *)
Bundesbesoldungsordnungen A und B		A 2 bis A 5	A 5
Vorbemerkungen		A 6 bis A 9	A 9
Nummer 2 Abs. 2	118,23	A 10 bis A 13	A 13
Nummer 4	47,30	A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 4a	70,94	A 16, B 2 bis B 4	B 3
Nummer 5		B 5 bis B 7	B 6
Die Zulage beträgt für		B 8 bis B 10	B 9
		B 11	B 11
Mannschaften,		Nummer 8	
Unteroffiziere/Beamte		Die Zulage beträgt	
der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	33,11	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Unteroffiziere/Beamte		A 2 bis A 5	106,41
der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	47,30	A 6 bis A 9	141,89
Offiziere/Beamte des gehobenen		A 10 und höher	177,35
und höheren Dienstes	70,94	Nummer 8a	
Nummer 5a		die Zulage beträgt	
Abs. 1		für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe a	85,13	A 2 bis A 5	64,81
Buchstabe b	141,89	A 6 bis A 9	88,37
Buchstabe c	203,37	A 10 bis A 13	108,98
Abs. 2		A 14 und höher	129,60
Nr. 1 Buchstabe a	127,70	für Anwärter der Laufbahngruppe	
Buchstabe b	94,59	des mittleren Dienstes	47,14
Nr. 2 Buchstabe a	94,59	des gehobenen Dienstes	61,85
Buchstabe b	37,83	des höheren Dienstes	76,59
Nr. 3	61,48	Nummer 8b	
Nr. 4 und 5	56,76	die Zulage beträgt	
Nr. 6 Buchstabe a	94,59	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe b	94,59	A 2 bis A 5	85,13
Nr. 7 Buchstabe a	94,59	A 6 bis A 9	113,51
Buchstabe b	37,83	A 10 bis A 13	141,89
Nr. 8 Buchstabe a	118,23	A 14 und höher	170,26
Buchstabe b	61,48	Nummer 9	
Nr. 9	56,76	Die Zulage beträgt	
Nummer 6 Abs. 1		nach einer Dienstzeit	
Buchstabe a	425,65	von einem Jahr	58,91
Buchstabe b	340,52	von zwei Jahren	117,83
Buchstabe c	272,41		

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 9a		Nummer 27	
Abs. 1		Abs. 1	
Buchstabe a	94,59	Buchstabe a	
Buchstabe b	189,18	Doppelbuchstabe aa	16,07
Buchstabe c	141,89	Doppelbuchstabe bb	62,83
Abs. 2		Buchstabe b	69,83
Buchstabe a	37,83	Buchstabe c	69,83
Buchstabe b	47,30	Abs. 2	
Nummer 10 Abs. 1		Buchstabe a	
Die Zulage beträgt		Doppelbuchstabe bb	46,78
nach einer Dienstzeit		Buchstabe b und c	69,83
von einem Jahr	58,91	Nummer 30	21,28
von zwei Jahren	117,83		
Nummer 12	88,37	Besoldungsgruppen	Fußnote
Nummer 13a	bis zu 70,94	A 2	1 29,99
Nummer 13c			2 16,40
Die Zulage beträgt			3 55,32
für Beamte der Besoldungsgruppen		A 3	1, 5 55,32
A 2 bis A 7	42,57		2 29,99
A 8 bis A 11	56,76		7 27,94
A 12 bis A 15	66,21	A 4	1, 4 55,32
A 16 und höher	85,13		2 29,99
Nummer 13d			5 6,02
Die Zulage beträgt		A 5	3 29,99
für Beamte der Besoldungsgruppen			4, 6 55,32
A 2 und A 3	11,82	A 6	6 29,99
A 4 bis A 6	16,56	A 7	2 37,23
A 7 bis A 10	33,11		5 50 v. H. des
A 11	37,83		jeweiligen Unter-
A 12 bis A 15	44,93		schiedsbetrages
A 16 bis B 4	54,39	A 8	2 47,99
B 5 bis B 7	66,21	A 9	2, 3, 6 223,30
Nummer 19 Satz 1	207,39		7 8 v. H. des
Nummer 21	174,00		Endgrund-
Nummer 25	35,47		gehalts der
Nummer 26 Abs. 1			Besoldungs-
Die Zulage beträgt für Beamte		A 12	7, 8 129,69
des mittleren Dienstes	15,77	A 13	6 103,73
des gehobenen Dienstes	35,47		7 155,58
			11, 12, 13 226,92
		A 14	5 155,58
		A 15	7 155,58
		B 10	1 359,50

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe *)	
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	R 1	
R 2 bis R 4	R 3	
R 5 bis R 7	R 6	
R 8 bis R 10	R 9	
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter- amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 bis R 10	B 9	
Nummer 4	35,47	
Besoldungsgruppen		
Fußnote		
R 1	1, 2	172,01
R 2	3 bis 8, 10	172,01
R 3	3	172,01
R 8	2	343,94
*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).		

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
Landesbesoldungsordnung A		
Besoldungsgruppen		
Fußnote		
A 13	12	155,58
A 14	1	155,58
A 15	2	155,58

gültig ab 1. März 2009

Anlage 22
(Zweite Besoldungsübergangsverordnung)**Sätze der Mehrarbeitsvergütung**
(Beträge in Euro)

§ 4 Abs. 1 MVergV	
A 10 bis A 12	15,84
A 13 bis A 16	21,84

§ 4 Abs. 3 MVergV	
Nummer 1	14,74
Nummer 2	18,25
Nummer 3	21,67
Nummer 4 und 5	25,33

gültig ab 1. März 2009

Anlage 23
(Zweite Besoldungsübergangsverordnung)**Sätze der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten**
nach § 4 Absatz 1 Nummer 1
(Beträge in Euro)

Erschwerniszulage	
§ 4 Absatz 1 Nummer 1	2,66

gültig ab 1. März 2010

2. Bundesbesoldungsordnung B**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
B 1	5 291,95
B 2	6 152,82
B 3	6 517,27
B 4	6 898,99
B 5	7 336,92
B 6	7 750,47
B 7	8 152,75
B 8	8 572,03
B 9	9 092,63
B 10	10 709,29
B 11	11 621,05

gültig ab 1. März 2010

3. Bundesbesoldungsordnung W**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	W 1	W 2	W 3
	3 673,37	4 193,25	5 087,33

gültig ab 1. März 2010

4. Bundesbesoldungsordnung R**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lebensalter											
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	3 339,37	3 491,44	3 571,49	3 777,97	3 984,48	4 190,96	4 397,45	4 603,96	4 810,44	5 016,94	5 223,42	5 429,94
R 2			4 065,78	4 272,28	4 478,76	4 685,27	4 891,77	5 098,25	5 304,75	5 511,23	5 717,73	5 924,19
R 3	6 517,27											
R 4	6 898,99											
R 5	7 336,92											
R 6	7 750,47											
R 7	8 152,75											
R 8	8 572,03											
R 9	9 092,63											
R 10	11 170,17											

Bundesbesoldungsordnung C

Grundgehaltsätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	2 908,19	3 009,58	3 110,94	3 212,30	3 313,69	3 415,05	3 516,42	3 617,78	3 719,15	3 820,52	3 921,89	4 023,26	4 124,65	4 226,02	
C 2	2 914,51	3 076,07	3 237,62	3 399,19	3 560,73	3 722,29	3 883,84	4 045,38	4 206,93	4 368,49	4 530,03	4 691,58	4 853,13	5 014,69	5 176,25
C 3	3 207,26	3 390,18	3 573,11	3 756,04	3 938,97	4 121,89	4 304,81	4 487,71	4 670,65	4 853,57	5 036,48	5 219,42	5 402,33	5 585,26	5 768,17
C 4	4 068,43	4 252,32	4 436,20	4 620,08	4 803,97	4 987,84	5 171,75	5 355,61	5 539,49	5 723,37	5 907,27	6 091,13	6 275,02	6 458,90	6 642,78

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)

- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkungen		Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkungen		Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkungen	
Nummer 2b	75,49	Nummer 3 Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)	Nummer 5 wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1 der Besoldungsgruppe R 2	205,54 230,08
		für Beamte der Besoldungsgruppe(n) C 1 C 2 C 3 und C 4	A 13 A 15 B 3	Besoldungsgruppe Fußnote C 2 1	104,32
				*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 369f).	

gültig ab 1. März 2010

Anlage 26

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1 BBesG)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2 BBesG)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	107,51	204,10
übrige Besoldungsgruppen	112,92	209,50

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag
für das zweite zu berücksichtigende Kind um 96,59 Euro,
für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 247,32 Euro.

Der Familienzuschlag erhöht sich für das dritte und jedes weitere berücksichtigungsfähige Kind
darüber hinaus nach Maßgabe des § 6 BesVAnpG 2008 M-V um je 50,00 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den
Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 Euro,
ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende
in den Besoldungsgruppen A 2 und A 3 um je 25,56 Euro,
in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro und
in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren
Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1 BBesG

- in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8: 99,95 Euro
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 106,10 Euro

gültig ab 1. März 2010

Anlage 27

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2 BBesG)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	931,68	1 099,53	1 269,65	1 438,64	1 608,75	1 778,86	1 946,74	2 117,97	2 284,71	2 455,37	2 624,93	2 793,35
A 9	1 095,60	1 277,55	1 458,34	1 640,29	1 823,36	2 004,75	2 186,70	2 369,19	2 550,57	2 732,52	2 913,90	3 095,83
A 10	1 236,41	1 427,36	1 615,52	1 804,77	1 993,47	2 183,30	2 372,00	2 560,71	2 748,84	2 937,55	3 127,38	3 316,08
A 11	1 346,26	1 544,54	1 741,12	1 938,28	2 135,42	2 332,02	2 529,73	2 726,87	2 924,59	3 121,17	3 318,34	3 514,92
A 12	1 498,92	1 707,89	1 916,30	2 125,85	2 334,26	2 544,37	2 752,78	2 962,33	3 170,75	3 380,29	3 589,83	3 798,82
A 13 und C 1	1 648,19	1 866,18	2 082,47	2 299,90	2 516,76	2 734,21	2 951,64	3 168,49	3 386,50	3 602,78	3 820,79	4 037,66
A 14	1 800,27	2 025,03	2 249,66	2 475,09	2 699,85	2 925,15	3 149,90	3 374,10	3 598,84	3 824,16	4 048,35	4 272,54
A 15, C 2 und R 1	2 011,50	2 254,28	2 688,15	2 739,82	2 982,62	3 225,95	3 468,17	3 712,06	3 954,85	4 198,19	4 440,96	4 683,74
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2 125,27	2 380,46	2 635,63	2 890,23	3 146,52	3 400,57	3 655,74	3 910,92	4 166,09	4 421,82	4 676,43	4 931,03
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2 125,27	2 389,48	2 656,46	2 923,46	3 190,47	3 458,58	3 725,59	3 993,15	4 260,13	4 527,72	4 794,71	5 061,72
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2 340,47	2 636,74	2 933,06	3 228,79	3 525,05	3 821,33	4 117,08	4 412,81	4 709,65	5 004,81	5 300,54	5 597,96
B 8 und höher, R 8 und höher	2 507,21	2 841,78	3 175,26	3 509,85	3 843,89	4 178,47	4 513,62	4 847,65	5 182,27	5 516,28	5 850,88	6 184,91

gültig ab 1. März 2010

Anlage 28

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3 BBesG)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	792,55	935,05	1 078,68	1 222,89	1 368,24	1 511,87	1 654,95	1 799,72	1 942,21	2 087,53	2 231,18	2 374,25
A 9	930,56	1 086,02	1 239,23	1 394,16	1 550,73	1 704,51	1 859,40	2 014,32	2 168,10	2 323,00	2 476,78	2 630,56
A 10	1 051,10	1 213,89	1 373,87	1 534,39	1 695,50	1 855,47	2 016,57	2 177,11	2 335,96	2 497,06	2 658,72	2 818,68
A 11	1 144,60	1 312,46	1 479,75	1 647,63	1 815,47	1 983,35	2 150,63	2 318,50	2 485,23	2 652,52	2 820,96	2 987,12
A 12	1 273,03	1 451,61	1 629,02	1 806,46	1 985,03	2 162,46	2 339,34	2 517,33	2 695,89	2 873,34	3 051,34	3 228,79
A 13 und C 1	1 401,46	1 586,22	1 769,84	1 955,16	2 139,37	2 324,14	2 508,89	2 693,08	2 878,98	3 062,60	3 247,36	3 432,11
A 14	1 530,45	1 721,41	1 911,79	2 104,46	2 294,84	2 485,80	2 676,18	2 867,72	3 058,69	3 250,17	3 441,13	3 631,52
A 15, C 2 und R 1	1 709,58	1 915,74	2 121,91	2 329,20	2 536,50	2 741,52	2 947,69	3 155,53	3 362,27	3 568,43	3 774,60	3 981,88
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1 805,90	2 022,77	2 239,63	2 457,07	2 673,36	2 890,23	3 107,66	3 323,96	3 541,40	3 759,39	3 975,14	4 191,98
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1 805,90	2 031,22	2 258,23	2 485,23	2 711,67	2 939,25	3 166,80	3 393,82	3 620,83	3 850,99	4 074,82	4 301,86
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1 989,56	2 240,77	2 492,55	2 744,35	2 996,13	3 247,92	3 499,71	3 751,50	4 002,74	4 255,08	4 505,73	4 758,10
B 8 und höher, R 8 und höher	2 130,93	2 415,39	2 699,85	2 983,74	3 268,76	3 551,54	3 836,00	4 119,89	4 404,34	4 688,25	4 972,70	5 257,17

gültig ab 1. März 2010

Anlage 29

Auslandszuschlag (§ 55 Abs.4 BBesG)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	652,85	769,45	889,43	1 007,16	1 126,56	1 244,87	1 363,15	1 482,57	1 599,73	1 719,15	1 837,44	1 955,75
A 9	766,65	893,37	1 020,68	1 147,42	1 276,97	1 403,71	1 531,02	1 658,33	1 785,63	1 911,79	2 039,67	2 166,98
A 10	866,34	999,27	1 131,07	1 264,02	1 395,83	1 528,78	1 660,57	1 792,38	1 925,33	2 056,57	2 188,39	2 321,87
A 11	942,94	1 080,40	1 218,96	1 356,95	1 495,52	1 632,40	1 770,42	1 908,42	2 046,99	2 183,87	2 323,00	2 460,44
A 12	1 048,85	1 195,29	1 341,19	1 488,77	1 634,09	1 780,56	1 927,57	2 072,89	2 219,36	2 366,38	2 512,82	2 659,85
A 13 und C 1	1 153,62	1 305,70	1 457,22	1 609,32	1 761,97	1 913,48	2 065,58	2 217,67	2 370,32	2 521,83	2 674,48	2 826,02
A 14	1 260,63	1 417,57	1 574,38	1 731,54	1 890,40	2 047,55	2 204,71	2 361,87	2 519,02	2 676,18	2 833,35	2 991,07
A 15, C 2 und R 1	1 407,66	1 577,22	1 747,89	1 918,55	2 088,12	2 258,79	2 428,34	2 598,46	2 768,57	2 938,69	3 108,78	3 278,34
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1 487,64	1 666,20	1 844,20	2 022,77	2 202,46	2 381,02	2 558,45	2 737,59	2 916,14	3 095,83	3 273,83	3 451,85
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1 487,64	1 671,83	1 859,40	2 046,42	2 233,44	2 421,57	2 607,46	2 793,91	2 979,36	3 169,07	3 355,52	3 543,08
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1 638,61	1 845,33	2 053,18	2 260,48	2 467,20	2 674,48	2 882,34	3 089,08	3 296,93	3 503,09	3 710,95	3 918,79
B 8 und höher, R 8 und höher	1 754,64	1 988,97	2 222,74	2 457,07	2 691,40	2 925,73	3 159,48	3 393,82	3 627,01	3 861,36	4 095,66	4 329,43

gültig ab 1. März 2010

Anlage 30

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4 BBesG)
- Unterkunft und Verpflegung -
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	456,83	539,06	621,89	705,24	788,60	871,42	953,65	1 038,13	1 119,26	1 203,75	1 285,97	1 369,36
A 9	536,25	625,24	714,25	803,24	893,37	982,37	1 071,94	1 160,94	1 249,37	1 338,37	1 428,50	1 515,82
A 10	606,67	699,59	792,01	884,37	977,31	1 070,25	1 163,20	1 255,57	1 347,39	1 439,21	1 532,13	1 624,53
A 11	659,03	757,07	852,81	949,72	1 046,04	1 142,90	1 239,23	1 336,12	1 433,00	1 529,32	1 625,66	1 721,99
A 12	733,97	836,49	940,12	1 041,53	1 144,03	1 245,99	1 349,07	1 451,61	1 554,11	1 656,07	1 758,58	1 861,10
A 13 und C 1	807,19	913,66	1 020,12	1 127,14	1 233,04	1 339,50	1 446,55	1 552,99	1 659,46	1 765,91	1 872,38	1 978,83
A 14	882,67	992,51	1 102,35	1 213,32	1 323,17	1 433,58	1 543,40	1 653,25	1 763,09	1 873,51	1 983,90	2 093,74
A 15, C 2 und R 1	985,75	1 104,60	1 223,46	1 342,32	1 461,17	1 579,46	1 700,02	1 819,41	1 937,72	2 057,14	2 175,98	2 295,39
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1 041,53	1 166,56	1 291,06	1 415,54	1 541,73	1 666,20	1 791,26	1 916,30	2 041,92	2 166,98	2 291,46	2 415,94
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1 041,53	1 170,51	1 301,76	1 433,00	1 563,12	1 693,79	1 826,19	1 956,29	2 087,53	2 217,67	2 350,05	2 480,73
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1 146,87	1 291,62	1 436,95	1 582,29	1 727,04	1 872,38	2 017,70	2 162,46	2 307,79	2 452,55	2 597,89	2 742,09
B 8 und höher, R 8 und höher	1 228,53	1 391,88	1 556,36	1 719,70	1 883,65	2 047,55	2 211,48	2 374,84	2 539,89	2 702,67	2 866,57	3 031,06

gültig ab 1. März 2010

Anlage 31

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4 BBesG)- Unterkunft und Verpflegung -
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	554,84	653,98	755,93	855,63	957,02	1 057,86	1 159,24	1 260,63	1 359,79	1 461,17	1 561,43	1 662,82
A 9	651,71	759,86	868,02	976,19	1 085,47	1 192,48	1 301,76	1 409,35	1 517,50	1 625,66	1 733,24	1 841,40
A 10	735,66	848,87	960,96	1 074,19	1 186,29	1 299,51	1 411,04	1 523,69	1 635,22	1 747,89	1 861,10	1 973,20
A 11	801,01	918,72	1 036,46	1 153,62	1 270,23	1 387,38	1 505,65	1 622,27	1 740,01	1 857,16	1 974,33	2 091,50
A 12	891,69	1 016,17	1 140,67	1 264,59	1 388,50	1 512,99	1 638,05	1 761,97	1 887,58	2 011,50	2 135,42	2 260,48
A 13 und C 1	980,69	1 110,25	1 238,67	1 368,80	1 497,78	1 626,21	1 755,77	1 885,33	2 014,88	2 143,88	2 273,43	2 402,43
A 14	1 071,38	1 206,01	1 338,37	1 472,44	1 605,94	1 740,55	1 873,51	2 006,98	2 141,07	2 275,12	2 408,05	2 543,24
A 15, C 2 und R 1	1 196,42	1 340,61	1 485,38	1 630,16	1 775,49	1 919,68	2 063,89	2 208,67	2 353,43	2 497,62	2 642,38	2 786,59
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1 264,59	1 415,54	1 568,20	1 719,70	1 871,80	2 023,33	2 175,43	2 326,96	2 479,03	2 630,56	2 782,65	2 934,17
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1 264,59	1 421,75	1 579,46	1 740,01	1 898,28	2 058,24	2 216,53	2 375,38	2 535,36	2 693,66	2 852,49	3 011,35
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1 392,44	1 568,76	1 745,06	1 921,39	2 096,57	2 273,99	2 449,75	2 626,05	2 801,22	2 978,12	3 154,41	3 330,72
B 8 und höher, R 8 und höher	1 492,70	1 690,43	1 890,40	2 088,67	2 287,53	2 486,34	2 685,75	2 884,60	3 082,31	3 281,74	3 480,55	3 680,53

gültig ab 1. März 2010

Anlage 32

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	1 032,52	1 207,69	1 381,20	1 556,93	1 728,72	1 903,91	2 079,11	2 254,28	2 428,34	2 601,83	2 775,89	2 951,64
A 9	1 209,37	1 395,83	1 584,52	1 769,84	1 956,88	2 143,32	2 329,76	2 517,89	2 704,35	2 890,80	3 078,94	3 265,95
A 10	1 367,66	1 561,99	1 755,77	1 948,97	2 142,75	2 337,10	2 530,84	2 725,19	2 920,08	3 112,74	3 307,07	3 501,41
A 11	1 488,77	1 691,56	1 895,47	2 098,25	2 302,16	2 506,07	2 708,86	2 912,19	3 116,11	3 319,47	3 523,37	3 726,16
A 12	1 654,95	1 870,11	2 084,73	2 299,35	2 513,95	2 728,56	2 943,19	3 158,35	3 372,98	3 587,58	3 802,19	4 016,80
A 13 und C 1	1 820,54	2 044,74	2 268,36	2 492,55	2 717,31	2 940,38	3 164,56	3 389,30	3 614,05	3 837,12	4 061,31	4 286,61
A 14	1 987,84	2 218,81	2 450,88	2 682,38	2 914,45	3 147,11	3 378,04	3 609,57	3 840,50	4 072,57	4 303,52	4 536,73
A 15, C 2 und R 1	2 221,61	2 473,96	2 725,74	2 977,53	3 228,79	3 480,55	3 732,92	3 984,70	4 236,50	4 487,71	4 738,37	4 991,85
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2 356,23	2 619,86	2 884,60	3 149,34	3 411,84	3 676,02	3 939,06	4 203,83	4 467,45	4 731,05	4 995,81	5 259,43
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2 356,80	2 634,50	2 911,64	3 188,78	3 465,92	3 743,04	4 020,74	4 297,89	4 575,02	4 852,17	5 129,88	5 406,45
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2 627,74	2 932,48	3 236,65	3 541,95	3 849,87	4 151,44	4 456,17	4 761,48	5 065,66	5 370,95	5 675,70	5 981,01
B 8 und höher, R 8 und höher	2 833,91	3 178,08	3 522,80	3 867,54	4 211,72	4 555,32	4 900,61	5 244,23	5 588,40	5 933,67		

gültig ab 1. März 2010

Anlage 33

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5 BBesG)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	886,61	1 033,07	1 181,77	1 328,81	1 476,96	1 625,66	1 772,67	1 921,39	2 069,52	2 215,97	2 365,24	2 511,15
A 9	1 035,31	1 192,48	1 354,73	1 512,44	1 670,70	1 829,56	1 987,84	2 145,56	2 304,42	2 463,83	2 622,10	2 780,95
A 10	1 171,08	1 337,81	1 502,85	1 669,60	1 835,19	1 999,68	2 165,84	2 330,32	2 688,70	2 662,65	2 827,70	2 994,43
A 11	1 277,55	1 450,48	1 623,39	1 796,89	1 969,82	2 143,32	2 316,24	2 490,29	2 663,24	2 836,16	3 009,65	3 183,13
A 12	1 421,18	1 602,56	1 785,04	1 967,01	2 149,50	2 330,90	2 513,40	2 695,89	2 878,39	3 059,78	3 241,72	3 423,66
A 13 und C 1	1 563,69	1 754,08	1 943,91	2 134,30	2 325,26	2 515,08	2 704,92	2 894,73	3 086,26	3 276,08	3 465,92	3 656,31
A 14	1 706,20	1 901,66	2 098,25	2 295,39	2 491,99	2 688,59	2 885,16	3 080,63	3 277,78	3 474,92	3 670,96	3 868,10
A 15, C 2 und R 1	1 907,86	2 121,35	2 334,26	2 548,31	2 762,37	2 975,86	3 188,78	3 401,70	3 616,29	3 829,80	4 043,27	4 256,20
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2 023,90	2 248,10	2 471,71	2 695,89	2 919,52	3 143,71	3 366,77	3 590,96	3 814,60	4 038,78	4 262,42	4 486,04
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2 028,96	2 263,84	2 499,31	2 734,76	2 969,66	3 205,11	3 440,57	3 676,02	3 910,92	4 146,94	4 382,38	4 616,73
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2 262,74	2 521,28	2 781,53	3 040,07	3 299,75	3 557,73	3 816,84	4 075,95	4 335,62	4 594,74	4 853,29	5 112,99
B 8 und höher, R 8 und höher	2 444,12	2 735,88	3 029,37	3 320,59	3 614,05	3 905,84	4 198,19	4 490,53	4 782,87	5 074,67		

gültig ab 1. März 2010

Anlage 34

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5 BBesG)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	741,85	865,21	985,19	1 107,43	1 228,53	1 349,65	1 471,30	1 592,98	1 715,21	1 836,32	1 957,43	2 079,11
A 9	868,02	999,27	1 131,07	1 260,63	1 392,44	1 524,26	1 655,50	1 788,44	1 920,26	2 051,50	2 183,30	2 315,13
A 10	981,81	1 116,43	1 252,76	1 386,26	1 521,99	1 657,20	1 792,95	1 928,68	2 063,32	2 199,63	2 333,14	2 468,33
A 11	1 069,14	1 213,32	1 355,83	1 498,92	1 642,54	1 785,04	1 928,68	2 070,65	2 214,28	2 357,37	2 500,44	2 644,07
A 12	1 187,96	1 338,93	1 490,46	1 640,86	1 791,26	1 941,65	2 092,61	2 242,44	2 394,54	2 544,95	2 695,89	2 845,72
A 13 und C 1	1 309,08	1 463,43	1 620,02	1 776,04	1 932,09	2 086,98	2 241,88	2 398,48	2 553,97	2 709,41	2 865,44	3 020,92
A 14	1 429,62	1 591,30	1 751,83	1 912,37	2 074,03	2 235,69	2 397,35	2 557,90	2 720,13	2 881,78	3 042,33	3 203,99
A 15, C 2 und R 1	1 598,06	1 774,92	1 950,68	2 127,00	2 303,28	2 480,16	2 656,46	2 832,77	3 009,09	3 185,40	3 362,83	3 538,59
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1 696,63	1 881,39	2 065,58	2 251,47	2 436,73	2 620,42	2 806,31	2 990,48	3 175,26	3 359,45	3 545,90	3 730,66
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1 701,13	1 895,47	2 089,25	2 283,01	2 477,33	2 671,12	2 865,44	3 059,22	3 253,55	3 447,33	3 642,22	3 835,44
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1 901,10	2 114,59	2 326,96	2 540,43	2 752,78	2 965,72	3 178,08	3 391,55	3 603,92	3 816,28	4 029,77	4 242,13
B 8 und höher, R 8 und höher	2 056,57	2 297,66	2 540,43	2 782,08	3 023,15	3 265,39	3 507,02	3 747,55	3 990,33	4 232,55		

gültig ab 1. März 2010

Anlage 35

Auslandskinderzuschlag (§ 56 BBesG)
(Monatsbeträge in Euro je Kind)

Besoldungsgruppe	nach § 56 Abs. 1 Nr. 1												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
	Stufe des Auslandszuschlages												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 2 bis A 16, B 1 bis B 11	134,62	154,35	174,61	193,21	214,05	233,77	252,91	272,63	292,34	312,63	332,34	350,36	134,62

gültig ab 1. März 2010

Anlage 36**Anwärtergrundbetrag**
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	799,04
A 5 bis A 8	912,19
A 9 bis A 11	962,78
A 12	1 093,76
A 13	1 123,55
A 13 + Zulage	
(Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 156,28

gültig ab 1. März 2010

Anlage 37

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		Nummer 6 a	
§ 44	bis zu 102,26		102,26
§ 48 Abs. 2	bis zu 102,26	Nummer 7	
§ 78	bis zu 76,69	Die Zulage beträgt für	12,5 v. H. des
		Beamte und Soldaten der	Endgrundgehalts
		Besoldungsgruppen	oder, bei festen
			Gehältern, des
			Grundgehalts der
			Besoldungsgruppe *)
Bundesbesoldungsordnungen A und B		A 2 bis A 5	A 5
Vorbemerkungen		A 6 bis A 9	A 9
Nummer 2 Abs. 2	127,82	A 10 bis A 13	A 13
Nummer 4	51,13	A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 4a	76,69	A 16, B 2 bis B 4	B 3
Nummer 5		B 5 bis B 7	B 6
Die Zulage beträgt für		B 8 bis B 10	B 9
		B 11	B 11
Mannschaften,		Nummer 8	
Unteroffiziere/Beamte		Die Zulage beträgt	
der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	35,79	für Beamte der Besoldungsgruppen	
		A 2 bis A 5	115,04
Unteroffiziere/Beamte		A 6 bis A 9	153,39
der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	51,13	A 10 und höher	191,73
Offiziere/Beamte des gehobenen		Nummer 8a	
und höheren Dienstes	76,69	die Zulage beträgt	
		für Beamte der Besoldungsgruppen	
Nummer 5a		A 2 bis A 5	70,06
Abs. 1		A 6 bis A 9	95,53
Buchstabe a	92,03	A 10 bis A 13	117,82
Buchstabe b	153,39	A 14 und höher	140,11
Buchstabe c	219,86	für Anwärter der Laufbahngruppe	
Abs. 2		des mittleren Dienstes	50,96
Nr. 1 Buchstabe a	138,05	des gehobenen Dienstes	66,87
Buchstabe b	102,26	des höheren Dienstes	82,80
Nr. 2 Buchstabe a	102,26	Nummer 8b	
Buchstabe b	40,90	die Zulage beträgt	
Nr. 3	66,47	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Nr. 4 und 5	61,36	A 2 bis A 5	92,03
Nr. 6 Buchstabe a	102,26	A 6 bis A 9	122,71
Buchstabe b	102,26	A 10 bis A 13	153,39
Nr. 7 Buchstabe a	102,26	A 14 und höher	184,07
Buchstabe b	40,90	Nummer 9	
Nr. 8 Buchstabe a	127,82	Die Zulage beträgt	
Buchstabe b	66,47	nach einer Dienstzeit	
Nr. 9	61,36	von einem Jahr	63,69
Nummer 6 Abs. 1		von zwei Jahren	127,38
Buchstabe a	460,16		
Buchstabe b	368,13		
Buchstabe c	294,50		

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 9a	
Abs. 1	
Buchstabe a	102,26
Buchstabe b	204,52
Buchstabe c	153,39
Abs. 2	
Buchstabe a	40,90
Buchstabe b	51,13
Nummer 10 Abs. 1	
Die Zulage beträgt	
nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	63,69
von zwei Jahren	127,38
Nummer 12	95,53
Nummer 13a	bis zu 76,69
Nummer 13c	
Die Zulage beträgt	
für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 7	46,02
A 8 bis A 11	61,36
A 12 bis A 15	71,58
A 16 und höher	92,03
Nummer 13d	
Die Zulage beträgt	
für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 und A 3	12,78
A 4 bis A 6	17,90
A 7 bis A 10	35,79
A 11	40,90
A 12 bis A 15	48,57
A 16 bis B 4	58,80
B 5 bis B 7	71,58
Nummer 19 Satz 1	226,90
Nummer 21	190,37
Nummer 25	38,35
Nummer 26 Abs. 1	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	17,05
des gehobenen Dienstes	38,35

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 27	
Abs. 1	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe aa	17,58
Doppelbuchstabe bb	68,74
Buchstabe b	76,40
Buchstabe c	76,40
Abs. 2	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe bb	51,18
Buchstabe b und c	76,40
Nummer 30	23,01
Besoldungsgruppen	Fußnote
A 2	1 32,81
	2 17,73
	3 60,52
A 3	1, 5 60,52
	2 32,81
	7 30,57
A 4	1, 4 60,52
	2 32,81
	5 6,59
A 5	3 32,81
	4, 6 60,52
A 6	6 32,81
A 7	2 40,73
	5 50 v. H. des jeweiligen Unter- schiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungs- gruppe A 8
A 8	2 52,50
A 9	2, 3, 6 244,30
	7 8 v. H. des Endgrund- gehalts der Besoldungs- gruppe A 9
A 12	7, 8 141,89
A 13	6 113,49
	7 170,21
	11, 12, 13 248,26
A 14	5 170,21
A 15	7 170,21
B 10	1 393,31

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe *)	
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	R 1	
R 2 bis R 4	R 3	
R 5 bis R 7	R 6	
R 8 bis R 10	R 9	
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter- amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 bis R 10	B 9	
Nummer 4		38,35
Besoldungsgruppen		
R 1	1, 2	188,19
R 2	3 bis 8, 10	188,19
R 3	3	188,19
R 8	2	376,29
*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).		

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
Landesbesoldungsordnung A		
Besoldungsgruppen		
Fußnote		
A 13	12	170,21
A 14	1	170,21
A 15	2	170,21

gültig ab 1. März 2010

Anlage 38**Sätze der Mehrarbeitsvergütung**
(Beträge in Euro)

§ 4 Abs. 1 MVergV	
A 2 bis A 4	10,69
A 5 bis A 8	12,62
A 9 bis A 12	17,33
A 13 bis A 16	23,89

§ 4 Abs. 3 MVergV	
Nummer 1	16,12
Nummer 2	19,97
Nummer 3	23,71
Nummer 4 und 5	27,71

gültig ab 1. März 2010

Anlage 39**Sätze der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten**
nach § 4 Absatz 1 Nummer 1
(Beträge in Euro)

Erschwerniszulage	
§ 4 Absatz 1 Nummer 1	2,91